

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	2
Sitzungsprotokoll Gemeinderat	2
Fragen -Antworten-Liste SAU zum Budget	40
Vorlagendokumente	42
TOP Ö 2.1 Voranschlag 2015	42
Stellungnahme Budgetvoranschlag 2015 Mikolasch GA II/1/0073/2014	42
TOP Ö 3 Minderheitenantrag gemäß § 46 (1) NÖ GO - Fußgängertunnel zwischen Stiftsgarage44 und Rathausplatz als Alternative zu einer Tiefgarage unter dem Rathausplatz	44
Kurier-Artikel Bgm-Amt/0320/2014	44



## **SITZUNGSPROTOKOLL**

zur 40. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates (Budgetdiskussion)

**Sitzungstermin:** Freitag, 05.12.2014

**Sitzungsbeginn:** 15:00 Uhr

**Sitzungsende:** 17:29 Uhr

**Ort, Raum:** Großen Sitzungssaal des Rathauses, 2. Stock

### **Anwesend sind:**

Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager (Vorsitzender)  
GR Michael Angel  
STR KommR. Martin Czerny  
STRin DI.Dr. Maria Theresia Eder  
STR Abg.z. NÖ. Landtag Arch. DI Willibald Eigner  
GR Wolfgang Essl  
UGR Johann Fanta  
GRin Eva-Maria Feistauer  
STR Karl Hava  
STR HR DDr. Holger Herbrüggen  
GR Sen.Rat i.R. DI Peter Hofbauer  
STR Mag. Roland Honeder  
GR Christoph Kaufmann (verlässt die Sitzung um 17:00 Uhr)  
GR Ing. Leopold Kerbl sen.  
GR Hans Kickmaier  
GRin Ursula Kohut  
STR Dr. Stefan Mann  
STR Peter Mayer  
STR Thomas Mayrhofer  
STR Min.Rat Dr. Josef Pitschko  
GR Markus Presle (erscheint um 15:34 Uhr)  
GR Christoph Raz  
Vzbgm. Reg.Rat Richard Raz  
GR Werner Rochlitz  
GR Dr. Bernhardt Schweeger-Exeli  
UGR Leopold Spitzbart jun.  
GRin Mag. Eva Stöber  
GR Martin Trat  
GR DI Peter Tscheliesnig  
GR Friedrich Veit (erscheint um 15:04 Uhr)  
GR Ing. Alexander Weber  
GR Karl Weiss  
GR Eduard Wieshaider  
STR Mag. Sepp Wimmer

GR Mag. Martin Zach

StADir. Mag. Michael Duscher  
StADir-Stellvertreter Mag. Hannes Gelbenegger  
GA-Leiter KADir. Mag. Günther Schwarz  
Ortsvorsteherin Waltraud Balaska  
Ortsvorsteher Johann Bauer  
Ortsvorsteher Ing. Manfred Hoffelner  
Ortsvorsteher Günter Knapp  
Ortsvorsteher Franz Resperger  
Edith Mroz

(verlässt die Sitzung um 16:40 Uhr)

(Schriftführerin)

**Abwesend sind:**

STR Mag. Konrad Eckl  
GRin Martina Enzmann  
GR DI Johannes Kehrer  
GR Wilhelm Müller  
GR Ingrid Pollauf  
GRin Elisabeth Pröglhöf

(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)

GA-Leiter Mag. Christian Eistert  
GA-Leiter BD. Ing. Manfred Fitzthum  
Leiterin des Personalamtes Mag. Irene Kern  
Kontrollamtsleiterin Marlies Schulz  
Ortsvorsteher Karl-Josef Weiss

(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)  
(entschuldigt abwesend)

**Tagesordnung:**

- . Begrüßung und grundsätzliche Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1. Bericht des Bürgermeisters
- 2. Voranschlag 2015 - Anfragen der Fraktionen und Beantwortung
- 2.1. Voranschlag 2015
- 3. Minderheitenantrag gemäß § 46 (1) NÖ GO - Fußgängertunnel zwischen Stiftsgarage und Rathausplatz als Alternative zu einer Tiefgarage unter dem Rathausplatz

<b>Ö</b>	<b>Begrüßung und grundsätzliche Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
----------	---

Der Bürgermeister begrüßt die Teilnehmer an der Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.**

<b>Ö 1</b>	<b>Bericht des Bürgermeisters</b>
------------	-----------------------------------

- **Internet Weidlingbach-Scheiblingstein**

Der Bürgermeister berichtet, dass zur Zeit diesbezüglich Arbeiten in Weidlingbach erfolgen, die im Frühjahr 2015 abgeschlossen sein sollen. Anschließend würde sich die Erweiterung Scheiblingstein entscheiden. Diese könnte entweder von A1 passieren oder vom Land NÖ., da Scheiblingstein eine sog. Mini-Modellregion sei. Es gebe fünf Regionen, wo Pilotprojekte für Fiberglasleitungen bis zum Eigenheim ausprobiert werden. Da gebe es eben fünf Regionen, wo Scheiblingstein dabei sei. Es sei aber noch nicht das letzte Wort gesprochen, ob von A1, so wie in Weidlingbach, ausgebaut werde oder ob das Land ausbaue. Das sei sozusagen ein bisschen ein Wettrennen. Insgesamt könne man aber davon ausgehen, dass 2015 Scheiblingstein dann auch versorgt sein werde. Wer schneller sei, der Betreiber oder das Land NÖ. mit dem Pilotprojekt, könne man zwar nicht entscheiden, doch sei man zuversichtlich, dass es stattdessen in Klosterneuburg und zum Nutzen von Scheiblingstein, das im Gegensatz zu Anderen wesentlich schlechter ausgerüstet sei.

- **Kaserne - Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Bürgermeister erörtert, dass das vom Bundesministerium für Inneres in Auftrag gegeben Gutachten betreffend Unterbringung von Flüchtlingen in der Kaserne jeder Fraktion zur Kenntnis gebracht worden sei. Er bringe das Ergebnis zur Kenntnis, wo herauskomme, dass die Raumordnung als Querschnittsmaterie definiert werde und gewisse Teile in der Raumordnung, die in der Bundeshöhe stecken, einfach auch von Bundesebene entschieden werden können, ohne eine landesgesetzliche Verordnung oder die Flächenwidmung der Gemeinden zu brauchen. Er bitte, das Gutachten zu berücksichtigen. Dementsprechend gehe man seitens der Stadtgemeinde davon aus, dass es keinen Handlungsbedarf gebe, denn hätte das nicht gepasst, hätte das zu einer Bauanzeige geführt.

(GR Veit erscheint um 15:04 Uhr.)

(T 2)

STR Dr. Pitschko bemerkt, sich das Gutachten angeschaut zu haben. Es sei auch veröffentlicht in den Baurechtlichen Blättern. Es sei bezeichnend, dass das Innenministerium mit diesem Gutachten einen Assistenzprofessor aus Salzburg beauftrage und nicht den Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt mit der Frage befrage. Die Aussagen, die da drinnen stehen, seien zumindest aus seiner Sicht zweifelhaft, wenn nicht überhaupt abzulehnen. Der Bürgermeister habe das sehr rudimentär angedeutet, aber da gehe es schon um Katastrophenschutz und ähnliche Maßnahmen. Dass die Überfüllung des Lagers Traiskirchen eine Katastrophe für Klosterneuburg darstelle, die die Unterbringung von Asylanten rechtfertige, werde er sich noch sehr genau überlegen, wie er das ausformulieren werde. Unabhängig davon, so nonchalant wie der Bürgermeister über die Sache drüber gehe, würde er als Gemeinderat seine Verantwortung nicht sehen. Weil das Gutachten, wenn das so stimmen sollte, sei ein ganz beträchtlicher Eingriff in die Widmungshöhe oder in die vermeintliche Widmungshöhe von Gemeinden. Denn, wenn dieses Gutachten so, wie es präsentiert werde, stimme, dann brauche sich eine Gemeinde überhaupt keinen Kopf mehr zerbrechen über die Widmung Sondergebiet Kaserne oder ähnliche Bauland Sondergebiete. Er habe es nur überflogen, aber er werde sich sehr genau damit auseinandersetzen, weil er ja eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermitteln werde, in der Hoffnung, dass damit ein Verordnungsprüfungsverfahren in Verbindung gebracht werde. Aber so locker gehe er an die Sache nicht heran.

Der Bürgermeister möchte betonen, dass er versuche, das bewusst zu trennen, diese inhaltliche

Ebene mit dem Grundsätzlichen - auch in dieser Hinsicht könne man sich vertiefen, austauschen, aber er glaube, dass dieses Gutachten stehe. Es sei auch sehr eindeutig in der Aussage. Man werde sehen, ob die Sachverhaltsdarstellung überhaupt aufgenommen werde. Darüber hinaus möchte er berichten, dass auch die Gemeindevertreterverbände das Thema mit dem Flüchtlingsstrom nach Österreich aufgegriffen haben, weil man die Gemeinden ersuche, hier an einer möglichen Lösung mitzuwirken, dass man das Problem irgendwo bearbeiten könne, weil jeder, der auftrete, trete irgendwo in einer Gemeinde in Österreich auf. Dementsprechend haben die Gemeinden plötzlich Dinge zu erfüllen, die bis jetzt nicht zu erfüllen gewesen seien. Der GVV spreche dahingehend auch sehr stark davon, dass es eine Veränderung geben werde, dass Gemeinden künftig betroffen sein werden, die bis jetzt nicht betroffen gewesen seien und dass man sich dem sehr direkt stellen sollte. Da gehe es vor allem um die Grundversorgung, d.h. um die dauerhafte Versorgung im späteren Fall. Das sei ein Unterschied zur Klosterneuburger Situation. Dafür sei auch ein 31 Seiten starkes Manuskript versendet worden, wo gewisse generelle Fragen von Juristen geklärt werden, damit die Gemeinden wissen, wie sie mit gewissen Dingen, wie Asylantrag, Weg eines Asylwerbers etc., Status und vor allem auch Stellung der Gemeinde im ganzen Verfahren einen Überblick behalten. Er gebe dieses Manuskript jedem weiter, der es gerne haben möchte. Es stamme aus der Feder der NÖ. Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ.

- **Steuerreform - Arbeitsgruppen**

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass es verschiedene Arbeitsgruppen zur Steuerreform inhaltlich auf Beamtenebene und auch einer auf politischer Ebene gebe. In beiden Arbeitsgruppen sei der GVV nicht eingebunden. D.h., dass alle möglichen Fragen zu Gemeindesteuern, wie Kommunal-, Grundsteuer, etc., wahrscheinlich Thema nach der Wahl seien, aber zunächst werde das ohne den Gemeindebund verhandelt. Das möchte er nur sagen, weil vielleicht für den Einen oder Anderen eine Frage im Budget 2015 sei, warum manches nicht berücksichtigt sei. Es sei auch nicht damit zu rechnen, dass 2015 eine Veränderung stattfinde, möglicherweise aber 2016.

(T3)

GR Dr. Schweeger-Exel betont, mit aller Deutlichkeit auch seine Meinung zu diesen Flüchtlingsfragen darzustellen, weil STR Dr. Pitschko Kommentare abgegeben habe zu seiner Meinung. Die PUK stehe hinter dem Bürgermeister, der ÖVP und allen anderen Fraktionen, die sehr wohl befürworten, dass diesen Flüchtlingen Asyl gewährt werde. Er habe damit überhaupt kein Problem anzuerkennen, dass es verschiedene Niveaus von Rechtsmaterien gebe, die mehr oder weniger hierarchisch angeordnet seien. Es gebe wichtige Sachen, und man könne z.B. niemanden dafür verurteilen, wenn er z.B. einen kleinen Einbruch oder einen kleinen Diebstahl in einem Supermarkt begehe, weil er sonst am Verhungern wäre. Das seien Fragen, wo zwar die Unrechtmäßigkeit dieses Sachverhaltes da sei, aber wo es übergeordnete Materien gebe, unter denen er sehr wohl das Recht habe, diese auch zu berücksichtigen und dass die Notsituation, die bei Flüchtlingen herrsche, weit höheren Vorrang habe als die temporäre Nutzung eines leerstehenden Kasernenareals, das in keiner Weise noch dazu kollidiere mit den Plänen, die die Stadtgemeinde hier habe. Daher könne er nur sagen - er habe die ersten drei oder vier Seiten von dem, was heute ausgeschickt worden sei, relativ genau durchgelesen - dass es für ihn einleuchtend, schlüssig sei und auch seiner Vorstellung entspreche, wie Bund und Länder damit umzugehen haben und auch es tun werden, und es in den Raum gestellt sei, dass in dieser Materie die Gemeinde für solche temporäre Zwischennutzung ohnehin in keiner Weise irgendein Einspruchsrecht habe. Wenn der Bürgermeister auf Grund der Aussage glaube, sich zu schützen gegenüber irgendwelchen Anwürfen von Seiten der FPÖ; dass er die Bauabteilung veranlassen müsse, Anzeige zu erstatten, dann könne er nur sagen, dass man das halt machen solle. Er finde es nur lächerlich und im Grunde genommen Querulantum, wenn man so etwas fordere, weil die Baubehörde etwas Anderes zu tun habe.

Der Bürgermeister antwortet, dass so eine Anzeige nicht geplant sei, weil jetzt ohnehin das Gutachten im Hause liege.

STR Dr. Pitschko betont, nicht gefordert zu haben, dass die Bauabteilung eine Anzeige machen solle.

STR Mag. Wimmer meint, es wären alle hier wohlberaten, nicht im Gemeinderats-Vorwahlkampf sich mit dieser Flüchtlingsthematik in dem Sinne zu beschäftigen, indem sie wahlpolitische Vorteile erzielen wollten. Er glaube, dass da die Positionen der einzelnen Fraktionen gleich wären.

<b>Ö 2</b>	<b>Voranschlag 2015 - Anfragen der Fraktionen und Beantwortung</b>
------------	--

STR Mag. Wimmer tue es leid, dass es leider nicht möglich gewesen sei, auch die Fragen der anderen Fraktionen übermittelt bekommen zu haben, denn das wäre eine Möglichkeit gewesen, die Diskussion sicher auch besser zu verfolgen und mit den eigenen abzugleichen. Er bitte den Bürgermeister, diesen Vorschlag in die neue Legislaturperiode mitzunehmen, damit man auch das auch wisse und hier die Diskussion in diesen Bereichen, abgesehen von den eigenen Fragen, mitverfolgen zu können.

(T4)

GR Dr. Schweeger-Exeli möchte sich dem anschließen, und zwar ohne daran herumzukritisieren. Er glaube, dass das ein Fehler gewesen sei, es nicht zu verteilen. Er würde vorschlagen, dass die einzelnen Fragen von dem Einbringer laut vorgelesen werden können, damit auch die ZuhörerInnen in der Lage seien, zu verstehen, worauf sich die Frage beziehe.

Der Bürgermeister antwortet, dass das ohnehin so vorgesehen wäre. Von der kleinen Fraktion aufsteigend würde er bitten, die Fragen zu stellen und dann zu versuchen, sie zu beantworten. Er dürfe beginnen mit der Liste Hofbauer, denn die Liste SAU habe Fragen eingebracht, sei aber heute nicht anwesend. Diese, sowie die Antworten werden dem Protokoll beigelegt.

Über Ersuchen GR Dr. Schweeger-Exelis liest der Bürgermeister die Fragen der Liste SAU vor.

### **Fragen der Liste SAU zum Budget-Voranschlag 2015**

#### **1. Schulen / Schulkonzept**

Das Entwicklungskonzept für die Klosterneuburger Schulen führt verschiedene Varianten für die Errichtung zusätzlicher Kapazitäten an. In welcher Form finden weitere Planungen und Erhebungen bezüglich der verschiedenen Standorte auf Basis des Schulkonzeptes Berücksichtigung im kommenden Voranschlag?

#### **2. Kultur / Sommeroper**

Worauf ist – bei tatsächlichen Ausgaben von 612.276,57 € tatsächlichen Ausgaben im Rechnungsabschluss 2013 – die Erhöhung der Ausgaben für die Sommeroper von 645.000 € im Voranschlag 2014 auf 670.000 Euro für das Jahr 2015, bei einem erwarteten Einnahmerückgang um 20.000 im selben Zeitraum zurückzuführen?

#### **3. Straßenbau / außerordentlicher Haushalt**

Das Budget für Radwege wurde gegenüber den Diskussionen im Verkehrsausschuss in der Budgeterstellung auf 100.000 € für de facto halbiert. Gleichzeitig sind für Straßenbauten im außerordentlichen Haushalt 900.000 € vorgesehen. Warum finden die „fehlenden“ 100.000 € für den Radwegbau unter dem Titel „Radwegneubauten“ nicht ebenfalls im außerordentlichen Haushalt Berücksichtigung? Analog zum Straßenbau existiert durch die Liste des Forums Radverkehr eine Prioritätenliste für ausstehende Maßnahmen.

(T5)

GR DI Hofbauer betont, keine Fragen vorgelegt zu haben, was aber nicht bedeute, dass für ihn keine Fragen oder fragwürdige Ansätze im Budget drinnen wären. Das, was er bis jetzt vom Budget wisse, reiche ihm für eine Stellungnahme, die man nächste Woche hören werde.

(T5, 0:26)

## **GR Dr. Schweeger-Exeli - Fragen der PUK zum Budget-Voranschlag 2015**

### **Frage 1 – Investitionen Radverkehr**

„Im Verkehrsausschuss wurde ein über 1 Jahr dauernder Prozess, in dem es um die Verbesserungen des Klosterneuburger Radwegenetzes geht, unter Beteiligung von VertreterInnen des Forums Radverkehr (Bevölkerung) und Verwaltung, zu einem konsolidierten Ergebnis gebracht.

Die Einzelmaßnahmen des Maßnahmenkatalogs sind insg. vom Verkehrsausschuss befürwortet worden. Es handelt sich ja auch um eine der wenigen Maßnahmen, die lokal gegen die Feinstaubbelastung unternommen werden können.

Es wurde grob geschätzt, dass alle Maßnahmen zusammengenommen ca. €400.000,- kosten würden, und es war klar, dass deren Umsetzung auf 2 Budgetperioden verteilt werden sollten, und dafür sollten €200.000,- für 2015 zur Verfügung gestellt werden.

Während bereits im vergangenen Budgetjahr 2014 kein Geld für den Radverkehr budgetiert war, und es einer Demarche bei Ihnen, Herr Bürgermeister, bedurfte, um wenigstens Mittel für Planungsausgaben mittels Nachtragsbudget locker zu machen, sieht es heuer nicht besser aus, weil mit €100.000,- nur 50% der Mittel, die für einen zügigen Ausbau der innerstädtischen Radinfrastruktur 2015 erforderlich wären, vorgesehen sind.

Ich sehe voraus, dass dies seitens der BürgerInnen, die sich im Forum Radverkehr massiv eingebracht haben, nicht unwidersprochen akzeptiert werden wird.

Daher die Frage, warum der jahrelang unterdotierte Radverkehr wieder etlichen Straßenbaumaßnahmen weichen muss, die insg. (o. + a.o VA) ein Vielfaches betragen, und die sogar mittels Darlehensaufnahme finanziert werden müssen? Wie alle wissen, ist bereits der Einspruch des Forum Radverkehrs, der beigelegt ist, bereits erfolgt.“

### **Antwort von Finanzstadtrat Mayer:**

Von einer jahrelangen Unterdotierung zu sprechen, sei nicht nachvollziehbar. Die Stadtgemeinde Klosterneuburg gebe laufend hohe Beträge zur Verbesserung des Radwegenetzes in Klosterneuburg aus. So seien seit 2007 ca. € 2,5 Mio. in den Ausbau investiert worden. Dies entspreche einer durchschnittlichen Jahrestangente von € 312.500,--. Der Aufstellung sei zu entnehmen, dass die Maßnahmen nicht alle direkt auf den Radwegkonten budgetiert gewesen seien - da man versuche, auch bei Straßenneubauten, Neuerrichtung von VLSA Verbesserungen am Radwegnetz umzusetzen. So seien auch für die kommenden Jahre, abgesehen von den Budgetmittel auf den Radwegkonten, Mittel für Markierungen, Planungen, Verkehrsgutachten, usw. vorgesehen. Er möchte da auch gleich auf die Einwendungen von Mag. Mikolasch eingehen und werde auch noch nächste Woche darauf eingegangen werden und antworten. Natürlich verstehe er Einzelinteressen. Sie seien absolut verständlich. Er habe aber in erster Linie die Ausgewogenheit des Budgets zu beachten und alle anderen Interessen ebenfalls zu bedienen. Wenn er jetzt € 100.000,-- im Vergleich zu € 900.000,-- für den Straßenbau sehe, dann seien das nicht wirklich wenig. Wenn er sich die Einsparungen anschau, die auf Grund der Budgetverhandlungen herausgekommen seien, dann seien sie für die Radwege von € 200.000,-- auf € 100.000,-- erfolgt, d.h. es sei um die Hälfte gekürzt worden, im Gegensatz zum Straßenbau, wo zwei Drittel, nämlich von ursprünglich € 2,7 Mio. auf € 900.000,-- reduziert worden sei. Das sei jetzt nicht Spaß, quer über die Wiese zu schauen, es würde sie etwas mehr oder nicht interessieren, sondern seien einfach die finanziellen

Mittel, die zur Verfügung stehen, so einzuteilen, dass die Notwendigkeiten möglichst abgedeckt werden müssen. Es dürfe auch die Verhältnismäßigkeit nicht außer Acht gelassen werden. Der Straßenbau sei einfach für mehr Teilnehmer, auch für Radfahrer, notwendig. Radwege kommen ausschließlich den Radfahrern zugute, die aber natürlich ihre Bedeutung haben. Daher sei seine klare Aussage, dass man die Bestrebung habe, nach Maßgabe der Möglichkeiten den Radwegeausbau voranzutreiben. Das könne jedoch in der jetzigen finanziellen Situation nur Schritt für Schritt erfolgen, und eine schnelle Umsetzung mit größeren Beträgen sei eben für 2015 nicht möglich. In der Einwendung von Mag. Mikolasch sei auch noch die Frage, wofür die Einsparung vom Winterdienst 2013/2014 verwendet worden wäre. Abgesehen davon, dass der Winterdienst noch nicht aus sei, weil der über das Jahr gehe und da das Kalenderjahr gelte und nicht die Wintersaison - es sei kaum zu vermuten, dass jetzt das Schneechaos ausbreche, aber man wisse nie -, aber diese Kosten der Einsparungen stehen natürlich den Kosten der Beseitigung der Hochwasserschäden gegenüber, die auch nicht unbeträchtlich gewesen seien, und man könne sich erinnern, dass man einen Nachtragsvoranschlag machen müssen, um eben solche Beträge, die notwendig gewesen seien, aufzuwenden. Zusammenfassend: € 100.000,- seien finanzierbar. Das seien nicht die letzten € 100.000,- für den Weiterausbau, sondern ein erster Schritt und nochmals das Bekenntnis, Schritt für Schritt weiter zu gehen in Bezug auf Radwege.

Auf die Frage GR DI Hofbauers, ob er eine Wortmeldung abgeben dürfe, antwortet der Bürgermeister, dass die Vereinbarung so gewesen sei, dass der Antragsteller eine Zwischenfrage stellen könne, aber dass es nicht zu einer allgemeinen Diskussion führe. Wenn man jedoch nach der Geschäftsordnung gehe, dann könne man nach der Gemeindeordnung gehen. Da stehen zwei Wortmeldungen jedem Mandatar pro Tagesordnungspunkt zur Verfügung.

(T7:05)

GR DI Hofbauer meint, dass das, was STR Mayer erzählt habe, für ihn schwer nachvollziehbar sei, weil er an dieses Plakat: „Radweg durchs Kierlingtal - lückenloser Radweg durch das Kierlingtal“ erinnere. Das sei vor fünf Jahren von der ÖVP versprochen worden. Wenn man es nicht machen könne, dann solle man es nicht versprechen. Es sei nur eines von vielen Plakaten, wie 500 Wohnungen, Arbeitsplätze usw. Aber hier seien offensichtlich Versprechungen gemacht worden, wo man genau gewusst habe, dass man sie nicht realisieren könne. Als er jedoch den Bürgermeister gefragt habe, ob man nicht wenigstens mit der AUVA in Verhandlung treten könnte wegen des Radweges durch das AUVA-Gelände, habe der Bürgermeister gesagt - und das sei groß in den Zeitungen gestanden - Enteignungen werde es bei ihm nicht geben. Das klinge recht gut - er wäre der Schützer des Eigentums - und nachdenken und arbeiten brauche man auch nichts. Dass ein Unterschied sei zwischen Enteignung und Konfiskation müsse man einmal deutlich sagen, denn es gebe ein Enteignungsgesetz, und niemand werde gegen seinen Willen enteignet, sondern gehe man zu dem Grundbesitzer hin und verhandle. Wenn es das nicht gäbe, dann würde es auch keine Autobahn nach St. Pölten geben, auf der STR DI Eigner immer hinfahre, um die Grüße des Landeshauptmannes zu holen, und es würde auch keine Umfahrung geben. Das sei somit eine Ausrede gewesen, einzig und allein dafür, um zu sagen, dass man gut dastehe, und machen brauche man nichts. Das sei eines der vielen Versprechungen, an deren Realisierung offensichtlich gar nicht gedacht worden sei, weil sonst bräuchte STR Mayer heute nicht sagen, es wäre nicht finanzierbar.

(T6)

GR Dr. Schweeger-Exeli meldet sich zu Wort, um eine kurze Replik auf STR Mayer zu machen. Dieser liege falsch in der Annahme, dass Investitionen für den Radverkehr nur den Radfahrern zugutekämen. Das sei ausgemachter Unsinn, weil die Radfahrer ansonsten auf den normalen Fahrbahnen unterwegs sein müssen, einerseits passiv selbst extrem gefährdet seien - unter Umständen auch durch eigene Fehler - und massiv gefährdet werden durch den Autoverkehr, der überdies noch natürlich bei besonders engen Stellen oder starkem Verkehr auch noch behindert werde. D.h., es sei hoch im Interesse auch der Autofahrer, dass eine vernünftige Radinfrastruktur

erstellt werde. Das sei ein schwerer Fehler zu sagen, das wäre nur für die Radfahrer. Das relativiere aus seiner Sicht, dass STR Mayer wirklich eine deutliche Verwechslung mache zwischen Begehrlichkeiten und Notwendigkeiten. Begehrlichkeiten kommen im Moment offensichtlich seitens der Autofahrer mehr auf ihn zu. Denen beuge er sich eher, glaube diese in der Mehrheit, seien aber wahrscheinlich nicht zu rechtfertigen mit dem gleichen Ausmaß an Notwendigkeiten, die für den alternativen Mobilitätsaufkommen Fußgänger, Radfahrer etc. gerechtfertigt seien.

(T7)

STR Mag. Honeder bemerkt, GR DI Hofbauer bitten zu wollen, der dieses Bild schon einmal gezeigt hatte und wo er ihm damals schon eine Antwort gegeben habe, die er jetzt wiederhole. Grundsätzlich habe es sehr wohl Konzepte und Überlegungen gegeben, wie man dort einen Radweg durchgängig realisieren könne. Da gehe es um den Stollhof. Wie er (Hofbauer) wisse, seien Überlegungen, die gemacht worden seien, in der Volksbefragung abgelehnt worden. Das heiße aber nicht, dass man nicht weiter daran arbeiten solle und könne. Bemüht haben sie sich aber sehr wohl, vielleicht in einer Art und Weise, die so nicht goutiert worden sei, was sie auch so zur Kenntnis nehmen. Die zweite Variante, dass Wege dort durch den Stollhof geprüft worden seien, sei auch so, aber stehe man da einer ganz anderen Kostensituation gegenüber. Aus diesem Grund sei es schon so - das habe er auch damals gesagt -, und eine Perfidie, dass man das der ÖVP vorwerfe, woran man sehr ernst daran gearbeitet. Dann müsse man eben schauen, wie eine weitere Lösung einer Anbindung zustande kommen könnte. Dass diese jedoch teurer werden würde, sei relativ klar. Zur Aussage GR Dr. Schweeger-Exelis, man würde sich den Autofahrern beugen in dieser Größenordnung von Kosten, sei der Unterschied einfach der, dass eine Straße ganz einfach, egal wie viele Laufmeter man davon mache, höhere Kosten habe als der Laufmeter eines Radweges. Das habe mit dem Unterbau, mit den Breiten usw. zu tun. D.h., mit dem Geld, das hier im Budget sei, würde nicht besonders viel Straße gemacht, sondern im Gegenteil. Da gehe es eher um Bereiche nach Kanalbauten und sonstigen Einbauten, diese instand zu setzen und sie neu zu richten oder da, wo es massive Schäden gebe, Maßnahmen zu treffen. Auch diese seien notwendig im Sinne der allgemeinen Sicherheit der Autofahrer, die auch Bürger dieser Stadt seien. Man beuge sich sicherlich nicht den Autofahrern mehr als den Radfahrern, sondern gelbe es Notwendigkeiten für sowohl als auch, also für beide Gruppen, und nach diesen Notwendigkeiten gehe man vor.

(T8)

STR Mag. Wimmer hält fest, dass es vollkommen richtig sei, dass die in der Volksbefragung von der ÖVP favorisierte Variante abgelehnt worden sei, aber seien seinem Wissen nach danach nicht andere Varianten in dem Sinne geprüft worden. Wenn es so sei, dann würde er sich diese gerne einmal anschauen. Er habe das jedoch in dieser Intensität nicht erlebt, aber wenn es so sei, dann bitte er, dass man sie ihm zukommen lasse.

(T9)

GR DI Hofbauer hält fest, dass, hier von Perfidie zu sprechen, schon gewaltig sei. Er werde nachschauen, was das konkret heiße und bei anderer Gelegenheit dazu etwas sagen. Doch als das Versprechen abgegeben worden sei, müsse man sich als Versprechender Gedanken darüber gemacht haben, wie man ein solches Projekt tatsächlich durchziehen könne. Jetzt rede man sich auf diese Volksbefragung aus, aber es sei dieses Versprechen vier Jahre vor der Volksbefragung gegeben worden. Dann möchte er gerne wissen, welche Verhandlungen von Seiten der Gemeinde mit dem Grundeigentümer geführt worden seien. Weil dort gebe es keine andere vernünftige Möglichkeit, wenn man einen lückenlosen Radweg nach Kierling mache, als durch dieses Gelände hindurch. Wenn man solche Versprechungen mache, dann sei der erste Schritt, dass der Bürgermeister einen Mitarbeiter hinschicke und mit der AUVA verhandeln lasse oder er (der Bgm.) gehe selbst hin, damit das in etwa auf der gleichen Ebene sei. Und dann mache man über diese Besprechung eine Gedächtnisnotiz oder einen Aktenvermerk. Dann gehe daraus hervor, dass man zumindest mit der AUVA verhandelt habe, aber dass die AUVA dem ablehnend

gegenübergestanden wäre. Das könne er sich aber gar nicht vorstellen, weil die AUVA letzten Endes auch von der Gemeinde etwas haben wollte. Sie habe eine Umwidmung des Geländes am Weißen Hof von Grünland in Grünland Sport wollen. Daher müsse er zu dieser Annahme kommen, dass es solche Verhandlungen gar nicht gegeben habe.

(GR Presle erscheint um 15:34 Uhr)

Er stimme mit GR Dr. Schweeger-Exeli in dem einen Punkt überein, dass er sage, wenn mehr Leute die Räder benützen, dass das in erster Linie eine Entlastung für die Straßen sei und - was besonders wichtig sei - je mehr Radwege es gebe, desto höher sei die Sicherheit für die Benützer des Rades. Da müsse man sich genau anschauen, nach welchen Gesichtspunkten die Prioritäten gesetzt worden seien - nach den Bedürfnissen der Autofahrer oder ob eigentlich die Frage der Sicherheit nicht wesentlich höher zu wäre. Da stimmen sie überein. Warum GR Dr. Schweeger-Exeli damals seinem Antrag vom 28.2.2014 betreffend Radweg ins Kierlingtal nicht zugestimmt habe, sei eigentlich auch seltsam, wo sie doch inhaltlich vollkommen übereinstimmen. Damals habe er eine Chronologie gemacht, beginnend mit 1984. Es habe nämlich schon 1984 einen Antrag betreffend Radwegenetz gegeben. Das hänge dann auf jedem Plakat, in jedem Programm sei es drinnen, und die Leute vergessen, dass es schon 100 Mal versprochen worden sei und freuen sich, wie zukunftsorientiert die ÖVP-Politiker in die Gegend blicken, und die Leute glaubten, sie würden ihn jetzt machen, haben aber schon ganz vergessen, dass sie ihn schon 17 Mal versprochen, aber nichts gemacht haben.

(T10)

STR Mayer findet, dass es immer sehr plakativ und amüsan sei, auch für die Zuhörer, wenn GR DI Hofbauer da mit seinen Zetteln fächelt. Aber es stimme gar nicht, der lückenlose Schluss sei nicht existent nach Kierling. Aber wenn man schaue, was hier geschehen sei, so sei im oberen Bereich, wo es einfach möglich gewesen sei, den Radweg weg von den Straßen zu führen, geschehen, und es gebe die entsprechende Beschilderung dafür. Dieses sog. Stollhof-Bergerl sei eben das Nadelöhr des Radweges, und das sei das größte Problem, das gelöst hätte werden können. Er weine da nichts nach, es sei so. Er wärme auch nichts auf. Es sei eine neue Situation, die so schnell nicht gelöst werden könne, vor allem nicht mit diesen Finanzen. Das Einzige, was nicht umgesetzt und realisiert worden sei, sei die Querung bei der Falbgasse bei der Autobusgarage, weil wenn das ohnehin kein durchgehender Radweg sei, dann sei das auch nicht notwendig, es vorerst zu machen, sondern sei das zurückgestellt worden, um andere Dinge, wie die Leopoldstraße oder solche Bereiche vorzuziehen. Das sei das Wesentliche. D.h., die ÖVP würde Plakate und dann nichts machen, stimme einfach nicht. Der Radweg sei nicht zur Gänze, aber bis zu dem einen Lückenschluss realisiert worden. Und das müsse auch gesagt werden. Das sei jedoch dann nicht so polemisch lustig, wenn man dann doch zugestehen müsse, dass etwas geschehen sei. An GR Dr. Schweeger-Exeli gerichtet, seien diese € 900.000,- keine Begehrlichkeiten, sondern absolute Notwendigkeiten. Er habe sich überzeugen müssen, dass das zu finanzieren sei, weil man ansonsten in Haftungen käme. GR Dr. Schweeger-Exeli wisse ganz genau, dass es im Verkehrsausschuss eine Prioritätenliste gebe. Es werde diese gar nicht zur Gänze abgearbeitet, was man eigentlich vorhätte, weil eben diese € 2,7 Mio. nicht aufstellbar seien, weil gerade im a.o. Haushalt der Straßenbau nicht bedeckt werden könne. Man wisse, dass im o. Haushalt keine Zuführungen in der gewünschten Höhe möglich seien und könne nicht sagen, die € 900.000,- seien deswegen, weil die Autofahrer Druck gemacht hätten. Die € 900.000,- seien ein verschwindend kleiner Teil einer Straße, die man da verbauen könne. Da seien Reparaturen und kaum Neubauten drinnen. So zu sagen, man würde vor den Autofahrern auf dem Bauch liegen und die Radfahrer vergessen, stimme nicht. Die Relation € 100.000,- zu € 900.000,- sei durchaus gerechtfertigt. Er gebe schon zu, dass Radfahrer auf Radwegen den Verkehr weniger behindern würden, vor allem in Engstellen. Das sei vollkommen richtig, aber wenn er sehe, wie viele Verkehrsteilnehmer die Straße benützen und wie viele Verkehrsteilnehmer Radwege benützen, dann glaube er, dass die Relation nicht schlecht gewählt

sei, wenn er auf die € 2,5 Mio. zurückblicke, die seit 2007 investiert worden seien und die auch über die Jahre weiter investiert werden, allerdings nicht in dieser Höhe von € 300.000,-- im Schnitt, sondern in kleineren Schritten. Aber das Notwendigste solle vorgezogen werden, und nach Maßgabe der Mittel wolle man das durchziehen, und sie stehen auch zu dem, was das Radforum ausgearbeitet habe. Das möchte er betonen.

(T 11)

GR DI Hofbauer meint, weil ihm vorgeworfen worden sei, er würde mit Zetteln winken, dass ihm das zustünde, STR Mayer habe ja auch Zetteln in der Hand. Außerdem richte sich seine Kritik in erster Linie dagegen, dass nicht einmal versucht worden sei, mit der AUVA zu verhandeln. Daher könne man auch nicht sagen, was das kosten würde. Er habe schließlich die Frage gestellt, ob es aktenkundig wäre, dass seitens der Stadtgemeinde mit der AUVA wegen eines Radweges durch dieses Gelände verhandelt worden sei, sei es aber nicht, daher brauche man auch nicht über die Finanzierung reden. Sie haben sich da gar nicht bemüht. Es sei aber nicht das Einzige, wo sie sich nicht bemüht, es jedoch propagiert haben. Es werde ihm wohl zustehen, r auf das hinzuweisen.

(T 12)

STR Dr. Pitschko bemerkt, dass es nicht richtig sein könne, was der Finanzstadtrat gesagt habe, dass Straßen oder Straßenneubau ohne Schulden finanziert würden, weil, wenn er sich den Nachweis der Schulden anschau, dann habe er beispielsweise am Ende des Budgetjahres aus dem Jahr 2006 € 420.000,--, aus 2008 €720.000,--, aus dem Jahr 2009 € 1,860.000,-- und das sei bezeichnenderweise - da müsse er dem Finanzstadtrat ein bisschen Unterstützung geben - gerade die Zeit, in der die ÖVP mit den Grünen die Koalition gebildet gehabt habe. Dass man den Straßenbau nicht über den a.o. Haushalt finanziere, sei vielleicht vor der Allianz mit den Grünen gewesen. Zwischenzeitlich habe sich das schon ein bisschen geändert.

STR Mayer stimmt dem zu. Er möchte es aber präzisieren. Jetzt sei es so, dass man vom Land keine Genehmigungen bekomme für Darlehen für den Straßenbau, weil eben andere Prioritäten gesetzt seien und man auch die Finanzspitze beachten müsse. D.h., es sei zwar ein geringer Teilbetrag vom Land gefördert und genehmigt worden, aber sei das nicht der Straßenbau, der über Darlehen finanziert werden würde. Ihm sei schon bekannt, dass das früher so gewesen sei.

(T13)

STR Mag. Wimmer möchte ergänzen, warum man kein Darlehen mehr durch das Land bekomme. Es sei deshalb, weil man es durch die € 14 Mio. für das Happyland vollkommen ausgereizt habe. Daher bekomme man nicht nur für Straßen, sondern auch für andere Sachen keine Darlehen mehr vom Land.

(T14)

GR Dr. Schweeger-Exeli hält fest, es sei Tatsache, dass von Finanzunternehmungen € 345.700,- aufgenommen werden im a.o. Haushalt. Außerdem würden ungefähr € 1,144.000,-- aus der allgemeinen Ausgangsrücklage dem Straßenbau zugeführt. Es sei also keineswegs so, dass man sagen könne, es wäre auf null zurückgegangen, weil diese Rücklage auch in irgendeiner Weise dotiert worden sein müsse.

## **GR Dr. Schweeger-Exeli - Frage 2 – Intransparenz interner Personalverschiebungen**

Offenbar sind für das kommende Jahr etliche Versetzungen bzw. Änderungen der Zahl der MitarbeiterInnen in verschiedenen Dienststellen (Post 510000) vorgesehen, was sich tw. massiv auf die Budgetansätze/Posten auswirkt (inkl. dazugehöriger DGB+Gebühren). Diese Verschiebungen lassen sich nicht aus dem Dienstpostenplan erklären, weil dort nur die Aufschlüsselung nach Ist und Soll in einzelnen Gehaltsgruppen dargestellt werden.

Bei etlichen Beispielen sind die Veränderungen massiv (z.B. Sozialamt, Stadtamtsdir., Rechtsamt, Raumplanung, Natur- u. Landschaftsschutz), und mit Sicherheit nicht auf Vorrückungen, Gehaltserhöhungen o.ä.m. zurückführbar.

Ich halte auch fest, dass gerade für diese Veränderungen insg. nur 2 Einzelerläuterungen vorgenommen wurden, die sich aber nicht auf die oben angesprochenen Bereiche beziehen.

Ich ersuche daher, die geplanten Personalverschiebungen übersichtlich darzulegen: wo kommen die MitarbeiterInnen her, und in welche Abteilung werden sie überstellt – Kündigungen/Auflösung von Verträgen und Neubesetzungen von außen bitte ich als eigene Kategorie darzustellen.

**Antwort Mag. Duscher:**

Er halte vorweg fest, dass im kommenden Jahr weder etliche Versetzungen noch massive Änderungen der Mitarbeiterzahl geplant seien. Im Bereich der Stadtamtsdirektion komme es lediglich zu Verschiebungen nicht besetzter Dienstposten und somit zu einer Konzentration diverser Dienstposten in die Reserve, die für kurzfristige Vertretungen verwendet werden bzw. die einen dringenden, kurzfristigen zusätzlichen Bedarf in einzelnen Dienststellen abdecken sollen. Die Verschiebungen seien auch entsprechend erläutert. Die Änderungen in der Raumordnung sowie im Sozialamt betreffen Pensionierungen im Jahr 2014 (entsprechend im VA 2014 erläutert). Bei einem Vergleich der Zahlen des RA 2013 und des VA 2015 erkenne man, dass keine Änderungen vorgenommen wurden. Vom Sozialamt sei ein halber Dienstposten in die Dienstpostenreserve verschoben worden, dies sei auch entsprechend erläutert worden.

Im Rechtsamt komme es 2015 zu einer Pensionierung - hier seien die entsprechenden Kosten im VA 2015 berücksichtigt und ebenfalls entsprechend erläutert. Die Verschiebung bzw. die Abänderung der Dienstposten sei bei den betroffenen Dienststellen erläutert. Eine namentliche Auflistung von Kündigung von Verträgen, Neubesetzungen und Dienstzuteilungen im öffentlich aufliegenden Voranschlag widerspreche wohl allen datenschutzrechtlichen Bestimmungen!

**GR Dr. Schweeger-Exeli - Frage 3 – Vertragsauflösung Kopierer**

„In Post -702300 werden Kosten der vorzeitigen Vertragsauflösung Kopierer (Pönalen) dargestellt, denen wesentlich niedrigere Ersätze in Post +817000 gegenüber stehen. Die Erläuterungen mit lapidarem „Finanzierungsleasing EDV-Hardware/Mehrkopien“ lassen die wirtschaftlichen Zusammenhänge für mich nicht erkennen, bzw. ist der wirtschaftliche Nutzen des neuen Systems für mich im Budget nicht nachvollziehbar, und ich ersuche um Gegenüberstellung des alten und neuen Systems, mit den Kopierleistungen im Haus erbracht werden sollen im Sinne einer Gesamtkostenrechnung.“

(T15)

**Antwort Mag. Duscher:**

Auf der Post 702300 werden folgende Positionen verrechnet: Leasing, Support, Wartung und etwaiges Mehrvolumen. Die Erläuterungen im Voranschlag beziehen sich ausschließlich auf Mehrkosten im Vergleich zum VA 2014. Diese Mehrkosten entstehen durch die Zahlung einer Pönale, die durch die vorzeitige Vertragsauflösung fällig wird. Diese Pönale von knapp über EUR 50.000,00 (Netto) wird von der neuen Firma komplett übernommen und findet sich in der gleichen Höhe auf den einzelnen Einnahmepositionen wieder (Post +817000). Sowohl die Mehrausgaben als auch die Einnahmen sind entsprechend erläutert. Die einzigen Zusatzkosten die in Höhe von rund 10.000,00 anfallen (rund 450,00 pro Gerät) sind die Installations- und Umstellungskosten sowie die Urheberrechtsabgaben, wobei diese Kosten spätestens im Zuge des regulären Tausches im Jahr 2016 angefallen wären. Die neuen Geräte sind durch die moderne Technologie wesentlich

stromsparender, wodurch in den nächsten Jahren mit einer Reduzierung des Stromverbrauches gerechnet werden kann. Da noch keine Erfahrungswerte vorliegen, kann nur von einer Schätzung in Höhe von EUR 3.000,00 bis EUR 5.000,00 pro Jahr für alle 31 Geräte ausgegangen werden. Die laufenden Kosten sind im Vergleich zur bisherigen Firma unverändert, wobei bessere Geräte zur Verfügung stehen. Auf allen 31 Positionen wurden Mehrkosten von rund EUR 7.600,00 budgetiert, die ein mögliches Mehrvolumen abdecken sollen, die aber nur im Anlassfall schlagend werden.

(T2:09)

GR Dr. Schweeger-Exeli bemerkt, ihm wäre lieber, bevor man das 25 oder 30 Mal in den Erläuterungen drinnen hätte, dass dieses Statement wie das zuvor abgegebene, einmal gemacht worden wäre. Er denke, dass diese Erläuterung mit winzig kleinen Punkten dadurch verbessert werden könnte im Sinne der Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Budgetansätze.

#### **Frage 4 – Umgestaltung Rathausplatz**

€150.000,- sind für die Umgestaltung des Rathausplatzes vorzusehen, wofür weder Gemeinderatsbeschlüsse noch akkordierte Konzepte der Dorf- und Stadterneuerungsprozesse vorliegen, aber anscheinend schon Beihilfen des Landes (NAFES) budgetiert sind. Auf welcher Basis ist hier budgetiert worden?

(T16)

#### **Antwort STR Mayer:**

Bevor er auf die Frage eingehe, möchte er festhalten, dass pro Fraktion drei Fragen vereinbart gewesen seien. Es haben sich alle außer der PUK an diese Vereinbarung gehalten. Er werde die Frage schon beantwortet, aber er glaube schon, dass sich auch die PUK daran halten sollte, schließlich haben es die anderen auch gemacht. Er führt sodann aus, betont, aber ein wenig ausholen zu müssen:

Klosterneuburg sei 2010 in den Prozess der NÖ Stadterneuerung aufgenommen worden, 2012 sei die Gründung des Klosterneuburger Stadtmarketingbeirates mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaftskammer, Wirtschaft, Tourismus, Weinbau, Stift und NÖ Dorf- und Stadterneuerung erfolgt. 2012 sei die Fa. Egger & Partner mit der Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes beauftragt worden. Im November 2012 haben Bürgerbeteiligungsaktionen und 2013 Bevölkerungsbefragungen (beides begleitet durch Standortcoach Thomas Egger) stattgefunden. 2013 sei das daraus entwickelte Strategie- und Marketingkonzept vom Gemeinderat beschlossen worden. Anfang 2013 habe die erste Arbeitssitzung mit der Gründung von sechs Umsetzungsteams stattgefunden, seither erfolge die Arbeit in Gruppen mit rund 20-40 Personen pro Team. Von den insgesamt 6 Teams haben sich das Team 4 den Themen "Wirtschaftsstandort, Stadtzentrum, Geschäfte" mit Untergruppe "Märkte" gewidmet. Im September 2013 habe die Fa. Egger das Klosterneuburger Wochenmarktkonzept präsentiert. Als Ergebnis dieses o.a. Prozesses habe sich u.a. der Wunsch nach einer Umgestaltung des Rathausplatzes ergeben, um diesen flexibler und attraktiver nutzbar zu machen.

Die Kostenschätzung für die Umbaukosten sei seitens des Bauamtes aufgrund der bestehenden Kontrahentenverträge erfolgt, die Budgetierung einer möglichen NAFES-Förderung aufgrund der maximalen Förderhöhe von 30% der nachgewiesenen Kosten.

Die entsprechenden Beschlüsse in den zuständigen Gremien haben noch zu erfolgen.

Budgetiert sei für 2015 auf der VA-Stelle 1/815000-050000 Sonderanlagen (Park- und Gartenanlagen) ein Betrag von

- € 10.000,00 für die Hundenauslaufzone Stegleiten und
- € 140.000,00 für die Umgestaltung Rathausplatz

worden.

An möglicher NAFES-Förderung seien 30 % (das sind € 42.000,00) auf der VA-Stelle 2/815000+861510 veranschlagt worden. Das bedeute, dass im Budget diese Kosten und diese Einnahmen vorgesehen seien. Es sei jetzt ganz klar, bevor weitere Schritte gesetzt werden, bevor eine Studie in Auftrag gegeben und Umsetzungsschritte gemacht werden, dass Gemeinderatsbeschlüsse notwendig seien. Wie solle man Gemeinderatsbeschlüsse fassen, wenn man keine Bedeckung habe? D.h., man müsse sich im Vorfeld überlegen, ob Gelder zur Verfügung stehen, wenn man nachher etwas beschließen möchte, und genau das sei geschehen.

(GR 17)

GR Dr. Schweeger-Exeli möchte festhalten und dem entgegen halten, dass in den Umsetzungsteams nicht nur einmal eine Forderung nach dem Umbau des Rathausplatzes sei, sondern dass es vielfältigste Forderungen des Umbaus des Rathausplatzes gebe und die mit Sicherheit nicht nur annähernd mit € 150.000,-, in diesem Fall sogar mit nur € 140.000,-, d.h. mit einem simplen Umbau des Parkareals gewährleistet wären. Wenn man sich darauf berufe, dass seitens einer bestimmten Gruppe eine bestimmte Veränderung der Marktstandeln im Vordergrund stehe, so gehe man über viele Forderungen der Umsetzungsteams sang- und klanglos hinweg. D.h. mit anderen Worten, dass man in keiner Weise ein Konzept habe, das beschreiben solle, wie tatsächlich der Rathausplatz zu entwickeln sei. Wenn man da jetzt anfangs, € 140.000,- hineinzustecken in eine Umgestaltung des Parks, dann bleibe nicht wahnsinnig viel übrig, um wirklich vernünftige Planungen zu machen, die Hand und Fuß haben und ein Gesamtkonzept, auch wenn es nicht gerade morgen oder übermorgen umgesetzt werden könne, zu erarbeiten. Er denke sich, dass das hier eindeutig auffalle. Diese € 150.000,- würde er in Anbetracht des engen Budgets, das zur Verfügung stehe, liebend gerne in den Radverkehr stecken anstatt in eine kleine Umgestaltung des Rathausplatzes, die sicherlich nicht städtebaulichen Gesamtkonzepten entspreche.

(GR 18)

STR Mag. Wimmer glaubt, dass vereinbart worden wäre, drei Fragen pro Fraktion zu stellen und nicht, wie jetzt GR Dr. Schweeger-Exeli hergehe, vier, fünf, sechs oder acht Fragen zu stellen - er gehe jetzt nicht her darüber zu diskutieren und zwischen kleinen und großen Fragen zu unterscheiden. Es sei ausgemacht worden, drei Fragen pro Fraktion zu stellen. Wenn GR Dr. Schweeger-Exeli jetzt sechs Fragen habe, dann seien alle anderen Fraktionen benachteiligt, und das finde er nicht fair. Er finde es einfach unfair, aber das sei offensichtlich der Stil der PUK.

Der Bürgermeister erklärt, warum diese sechs Fragen zugelassen worden seien und man versucht habe, sie zu beantworten. Nachdem eine Fraktion keine schriftlichen Fragen eingebracht habe, und zum Anderem eine Fraktion gar nicht anwesend sei, habe man gedacht, dass das die Sitzung nicht sprengen werde.

STR Mag. Wimmer meint, wenn das so sei, dann hätte man das allen Fraktionen bieten müssen und nicht nur einer Fraktion. Er finde es als Benachteiligung von GR DI Hofbauer, STR Dr. Pitschko, der Grünen, der SPÖ und allen anderen.

Der Bürgermeister pflichtet dem bei. Das führe auch wieder dazu, dass nicht alle Fragen ausgesendet worden seien. Vielleicht könne man das im nächsten Jahr verbessern. Er würde trotzdem bitten, die letzte Frage abzuhandeln.

(T20)

### **GR Dr. Schweeger-Exeli - Frage 5 – Inkonsistenzen**

Warum werden Einnahmen aus Organstrafverfügungen unter Post 2/612000 verbucht, Kosten der Überwachung unter Post 1/920000? Eine Zuordnung Aufwand zu „Ertrag“ ist damit kaum möglich, außerdem kommt es zu Verschiebungen bei den großen Budgetgruppen.

(T21)

**Antwort STR Mayer:**

Es sei so auf der VRV vorgeschrieben.

(T22)

**Fragen der FPÖ zum Budget-Voranschlag 2015**

STR Dr. Pitschko meint, seine erste Frage sei bereits beantwortet worden. Es habe auch zu Austauschblättern im Budget geführt, wofür er danke. Ein Millionenbetrag falle eben den meisten nicht auf, die sich um € 500,- EDV-Kosten im Jahr kümmern. Die zweite Frage sei aber eine wesentliche, da gehe es ums Politische. Sie beziehe sich auf den Schuldennachweis.

**1. Seite 284: Grundankauf 2011, Jahr der Aufnahme 2011, Zugang € 8 Mio. - Laufzeit 25 Jahre, Tilgung ab 31.3.2016**

Er nehme an, da diese € 8 Mio. auch unter Grundbesitz, verschiedene Grundankäufe, bebaute Grundstücke stehen, dass sich diese nur auf die Kaserne beziehen bzw. wenn andere gemeint seien, welche anderen auch? Wie schau das aus mit dem Zinssatz, der bei dem Schuldennachweis angegeben sei - 6 Monate Eurobor plus bestimmten Aufschlag. Sei das schon ausverhandelt? Sei das Darlehen schon aufgenommen worden? Schlummere das vor sich hin? Sei der Darlehensvertrag so, dass man unabhängig davon, ob man die Kaserne kaufe oder nicht - überhaupt € 8 Mio. bekomme. Man habe schon von den finanziellen Problemen und auch den Problemen, die erwachsen mit der Schuldaufnahme überhaupt, gehört, weil man gedeckelt sei. Da sei die Frage, wenn man das Kasernengrundstück kaufe, dann müsse man sich überlegen, ob man vom Land überhaupt die Genehmigung bekomme, um die Millionen aufnehmen zu können. Das sei nämlich gar nicht gesagt. Er sage das deshalb, weil da so großartig Diskussionen im letzten Gemeinderat stattgefunden haben zum Ankauf der Rostockvilla. Daher gelte die gezielte Frage, ob das da auch gemeint sein könnte mit den € 8 Mio. Wenn man nämlich die Kaserne nicht bekomme, könnte jemand auf die Idee kommen, dafür die Rostockvilla zu kaufen. Von der Antwort, die er erwarte, hänge es schon ab, ob er dem Budget zustimme. Ergänzend habe er die Frage, nachdem er die erste ausfallen habe lassen, die er gerne dem Kulturstadtrat gestellt hätte, der aber heute nicht anwesend sei. Er wende sich daher an den Bürgermeister. In Zusammenhang mit der Besiedelung stelle sich auch die Frage:

**2. Was passiert mit dem Pioniermuseum?**

(T23)

**Antwort zu Frage 1 -**

STR Mayer bedankt sich für das genaue Lesen. Es sei ein Fehler gewesen, der sich eingeschlichen hatte, dass die beiden Summen nicht zusammengepasst haben. Das sei gleich ausgetauscht worden. Vor dem Beginn von Gesprächen bezüglich des Grundankaufs des Kasernenareals sei die Finanzierung in Form eines Darlehens im Jahr 2011 sichergestellt worden, d.h., es müsse vom Land genehmigt sein, bevor ein Projekt gestartet werde. Die Bezeichnung Grundankauf 2011 werde seit damals weitergezogen.

Es seien die ersten 5 Jahre tilgungsfrei vereinbart worden, um in diesem Zeitraum Teilzahlungen leisten zu können. Erst nach kompletter Ausschöpfung des Betrages solle gemäß Vertrag mit der Tilgung per 31.03.2016 begonnen werden. Bis heute sei jedoch noch keine Zuzahlung erfolgt. D.h., diese € 8 Mio. seien zur vollen Gänze noch nicht in Anspruch genommen worden. Wenn jedoch der Verkauf nicht zustande komme, dann brauche man auch die € 8 Mio. nicht aufnehmen - sozusagen,

weil man sie schon bestellt hätte. Dann sei der Darlehensvertrag somit hinfällig, weil die € 8 Mio. ausschließlich für die Kaserne gewesen wären.

(T24)

Auf die Frage von STR Mag. Wimmer antwortet STR Mayer, der Kredit sei zwar aufgenommen, aber noch nicht in Anspruch genommen worden. Es habe noch keine Zuzählung gegeben. Es müsse nach 2016 auch keine Rate bezahlt werden, weil man noch keinen Cent aufgenommen habe. Im Vertrag sei es so geregelt worden, dass auch keine Verwaltungsgebühren anfallen.

(T25)

Der Bürgermeister beantwortet die Frage betreffend Pioniermuseum. Er habe ein Gespräch mit Vizeleutnant Krenn gehabt, der mit Vizeleutnant Kohoutek dieses Museum führe. Wenn man an die Führung des Museums denke, müsse man zwei Dinge trennen, und zwar die Sammlerstücke, die aus privaten Beständen stammen und die anderen seien die des Bundesheeres. Diese Entscheidung, wie das getrennt werde, könne dem Bundesheer niemand nehmen. Das meiste sei jedoch aus privaten Beständen. Jetzt gehe es darum, wo diese künftig ausgestellt werden können. Seine nächsten Bemühungen seien nach dem Gespräch, dass man versuche, und das habe er einmal schon damals bei dem zuständigen Oberst erwirkt, dass das Museum so lange wie möglich am jetzigen Ort sein könne und keine Umsiedlung machen müsse, bis nicht klar sei, was dort passiere. Denn, wenn die Stadtgemeinde das Gelände übernehmen würde, dann hätte man ohnehin diese Frage zu lösen und sozusagen in eigener Hand. Man könnte wirklich bis zum endgültigen Zeitpunkt, wo man entweder wisse, dass man eine Museumslandschaft habe bzw. dass man dort etwas Anderes hinbauen müsste, das an dem jetzigen Standort belassen und eine mühsame Übersiedlung hintanhalt. Das sei der derzeitige Stand. Dazu habe er aber keine Rückmeldung, weil das Gespräch mit dem Zuständigen im Bundesministerium für Landesverteidigung noch nicht stattfinden habe können. Das sei die jetzige Strategie, abgesprochen mit den beiden Vizeleutnanten. Die langfristige Idee sei natürlich die Übernahme, aber in einem städtischen Museum bleibe die offene Frage der Räumlichkeiten. Er glaube aber, dass diese Frage ausfalle und gelöst wäre.

(T26)

#### **Fragen der Grünen zum Budget-Voranschlag 2015 - STR Mag. Wimmer**

- 1.) Der Budgetvoranschlag 2015 sieht am Jahresende 2015 eine Verschuldung von 68,4 Millionen Euro vor. Das ist die höchste Verschuldung die Klosterneuburg jemals hatte. Wie sieht der Schuldenabbauplan der Stadt mittel- und langfristig aus?

(T27)

#### **Antwort STR Mayer:**

Bei dieser Neuverschuldung müsse man € 10,8 Mio. speziell betrachten. Mit den € 8 Mio. für den Ankauf des Kasernenareals werde Liegenschaftsvermögen geschaffen, das existent bleibt. € 1,8 Mio. seien vorgesehen für das Happyland, dessen Betrieb für die nächsten Jahre sichergestellt werde und wo auch eine Wertsteigerung gegeben sei. € 1 Mio. sei vorgesehen für den Neubau des Feuerwehrhauses Weidling. Dies schaffe wieder einen langfristigen Gebäudewert. Diese seien nicht für Vorhaben, wie Straßenbau, die nach längerer Zeit wieder zu erneuern seien, sondern für Investitionen, die auch lang Nutzen bringen. 2012 und 2013 konnten insgesamt € 7,5 Mio. Schulden abgebaut werden. Diese Einsparungen seien eine wesentliche Basis für diese großen Darlehensaufnahmen, die man jetzt im Jahr 2015 vornehme. Das Ergebnis von 2014 liege noch nicht vor - das Jahr sei noch nicht zu Ende, da aber die Darlehenszuzählungen nur nach Bedarf erfolgen, und wenn eine andere Bedeckung sich im Laufe des Jahres ergebe und Darlehen nicht aufgenommen werden, könne auch herauskommen - und es sei auch zu erwarten, so wie die Prognose ausschaue -, dass der anfängliche Schuldenstand im Jahr 2015 mit ungefähr € 56,6 Mio. auf Grund des Rechnungsabschlusses 2014 unterschritten werde und damit die Verschuldung am Ende des Jahres 2015 geringer werde als die zum jetzigen Zeitpunkt bekannten € 68,4 Mio. Was

den Schuldenabbauplan betreffe - diese Frage sei beim letzten Mal auch schon gestellt worden - dürfe er den Kammeramtsdirektor bitten, das zu beantworten.

(28)

Mag. Schwarz führt aus, dass das Problem beim Schuldenabbauplan sei, dass er ein stichtagsbezogener Plan sei, mit Unsicherheitsfaktoren behaftet. Einer der größten Faktoren sei natürlich beim Schuldendienst die Zinsentwicklung. Die halbjährlichen Folgen bei den variabel verzinsten Darlehen seien Änderungen, die sich von Jahr zu Jahr vervielfachen können. Nicht nur die bestehenden Schulden seien der eine Punkt, sondern das Zweite seien hinzukommende neue oder hinzuzählende Schulden. Insofern sei es problematisch, einen Schuldenplan für die Zukunft zu projizieren, weil es reine Prognosen seien.

(T29)

STR Mag. Wimmer findet es bedauernd, dass es nicht möglich sei, für eine Stadt wie Klosterneuburg einen mittel- und langfristigen Schuldenabbauplan zu erstellen. Es gebe natürlich Gründe, die das nicht so einfach machen, aber man hätte zumindest einen Versuch wagen können. Wenn es bei den Ländern und beim Bund und anderen Städten möglich sei, so frage er sich, wieso es bei Klosterneuburg nicht möglich sein sollte.

2.) Im außerordentlichen Haushalt sind ca. 8 Millionen Euro für den Grundankauf am Kasernenareal budgetiert. Auf den anzukaufenden Grundstücken kann die Stadt nur Einrichtungen des kommunalen Bedarfs errichten. Aus heutiger Sicht sind das ein Bildungszentrum (Schulcluster) und die Errichtung eines zentralen Wirtschaftshofes. Aus Gründen der Überprüfung der Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Budgetierungen der 8 Millionen Ankaufskosten ist eine mittel- und langfristige finanzielle Planung der Folgekosten unumgänglich. Daher die Frage: Wie hoch wird der mittel und langfristige Finanzbedarf für die anzukaufenden Kasernengründe

- a) für den Infrastrukturausbau (Straßen, Kanal, Wasser, Beleuchtung, etc.)
- b) für die Errichtung des Schulclusters
- c) für die Errichtung des zentralen Wirtschaftshofes sein?

Der Bürgermeister möchte sich vor der Beantwortung der zweiten Frage noch zum Schuldenabbauplan einbringen. Er sagt, dass es so sein möge, dass das kein ganz ausgereifter Plan auf Grund verschiedener Vorgaben sei, aber in letzter Zeit habe er ganz gut funktioniert, weil da sehr viele Schulden abgebaut worden seien. Unter den Varianten, die man vorlegen könne, funktioniere er aber.

(T30)

STR Mag. Wimmer meint, wenn der Bürgermeister und der Finanzstadtrat von der ÖVP das sage, dann müsse man fairerweise auch sagen, wie dieser Schuldenabbau zustande gekommen sei. Genauso, wie in den Vorjahren die € 8 Mio., die budgetiert gewesen seien, nicht zum Zug gekommen seien und die anderen Dinge, die auch nicht umgesetzt worden seien. Er denke sich, dass es da möglich sei, aber diese Diskussion brauche man hier nicht unbedingt führen.

Der Bürgermeister betont, von Realschuldenabbau zu sprechen, nicht von Voranschlag und Rechnungsabschluss, einem einfachen Zahlenspiel, sondern von Realabbau.

(T31)

**Antwort STR Mag. Honeder:**

- Ad 2a) Über die Ausbaurkosten der Infrastruktur am Kasernenareal kann derzeit seriöserweise noch keine Aussage getroffen werden, da dies von vielen Faktoren abhängig ist. Einerseits ist der derzeit laufende Planungsprozess abzuwarten, welcher erst das Ausmaß der öffentlichen Verkehrsflächen zeigen wird, andererseits ist auch die Abwasser- und Wasserversorgungsanlage auf diesen Plan aufzubauen.
- Ad 2b) Derzeit kann (lt. Bildungskonzept) von einem Neubau eines Schulcluster mit der Zusammenlegung der beiden Neuen Mittelschulen, des Sonderpädagogischen Zentrums, einer Volksschule und eines 8 gruppigen Kindergartens ausgegangen werden. Die Kosten für diesen Kindergarten werden mit rd. € 4.600.000,-- netto angenommen. Für die Schulen mit einer – lt. Bildungskonzept – Nutzfläche von rd. 7.500 m<sup>2</sup> und bei einem angenommenen Errichtungspreis von € 2.000,--/m<sup>2</sup> Nutzfläche (abhängig vom Ausstattungsstandard, Architektur und dem Bodenrisiko) würde dies Errichtungskosten von rd. € 15.000.000,-- netto (€ 18 Millionen brutto) bedeuten.
- Ad 2c) Aufgrund der Index-Hochrechnung einer Kostenerhebung der Fa. SL Consult aus dem Jahre 2009 ergeben sich voraussichtliche Errichtungskosten von rd. € 6.850.000,-- netto. (insgesamt etwas über € 26 Mio.) Finanziert soll das mit den freierwerdenden Liegenschaften der Stadtgemeinde werden. Alleine die Zentralisierung des Wirtschaftshofes bringt sieben Liegenschaften auf eine Liegenschaft. Alleine die Pachtzahlungen an das Stift, die dadurch reduziert werden können, sind zig Tausend Euro. Dazu gefügt muss werden, dass die Stadt sehr gute Pachtbedingungen beim Stift hat. Es ist natürlich ein sehr großer Betrag. Auf der einen Seite wird man sehr schnell Pachtflächen zurückgeben. Dadurch schafft man eine Refinanzierung. Objekte, die auf Pachtgründen stehen, wie eine Halle in der Inkustraße - hier hat man schon Vorgespräche geführt - kann man zu einem sehr schönen Betrag auch verkaufen. Solche Objekte wird man verkaufen und schafft dadurch eine Refinanzierung. Sehr viele andere Flächen werden auch noch frei. Da wird die gesamte Palette gespielt werden: Veräußerung, wo es sinnvoll ist; Vergabe in Baurecht; für Eigennutzung Behalt im Eigentum. Es gibt auch ein Bundesschulpaket. Da hofft man, dass man in der nächsten Zeit Mittel bekommen werde. Die Liegenschaft, die man ankaufen will, ist von der Bewertung her nicht vergleichbar mit z.B. einer Liegenschaft in der Oberen Stadt (Wert 1:5 oder 1:6). D.h. es gibt eine gewisse Wertschöpfung in der Verwertung der einen Liegenschaft und dem Kauf der anderen mit der Möglichkeit, den Neubau dort mitzufinanzieren. D.h. so wird die Vorgangsweise sein.

(T 32)

STR Mag. Wimmer dankt für die Ausführungen. Er ist in der Beantwortung der ersten Frage nicht so der Meinung. Klar wisse man nicht, welcher Kanal, Straßen, Infrastruktur notwendig wäre, aber ungefähr könnte man schon eine Größenordnung nennen. Das Andere finde er spannend und interessant. Es sei immer in ihrer Wunschliste herausgekommen, dass dort unten ein Schulcluster und der zentrale Wirtschaftshof hinkommen sollen. Es sei auch klar, dass Finanzierungen dadurch erfolgen sollen, indem man Grundstücke frei bekomme. Das könne man durchaus machen, doch glauben Die Grünen, wenn man nicht so viel Geld in das Happyland gesteckt hätte, dass man hier einen größeren Spielraum für die Zukunft hätte. Aber das sei nur eine Bemerkung, die er am Rande mache.

3.) Der Budgetvoranschlag sieht für 2015 um den Abgang beim laufenden Betrieb des Freizeitzentrums Happyland abzudecken eine Gesamtsubvention der Stadt einen Betrag von €985.000,- vor. Dies ist gegenüber dem Budget 2014 eine Steigerung von ca. 20% (€ 817.000,-), Gegenüber dem Jahr 2013 eine Steigerung von 33% des betrieblichen

Defizits. (Diese Beträge betreffen nur den laufenden Betrieb und nicht die im a.o Haushalt 2014 zusätzlich budgetierten 8,1 Millionen und auch nicht die 2015 budgetierten 4,2 Millionen für den Master Plan.)

Frage: Wie wird sich der Abgang des laufenden Betriebes mittel- und langfristig entwickeln?

**Antwort Mag. Schwarz:**

Die Steigerung von 2014 auf 2015 ergibt sich aufgrund

- Zinsen entsprechend dem Baufortschritt bei der Umsetzung des Masterplanes
- dem Jahresfehlbetrag 2012 (€ 650.000,--). Der geprüfte Jahresabschluss 2012 wurde am 11.4.2014 vorgelegt. Insofern ist im Budget 2015 ein Betrag vorgesehen und
- einem Investitionskostenzuschuss (€ 70.000,--) für einen zusätzlichen Raum für Jugend und Besprechungen

STR Mag. Wimmer erläutert, dass seine Frage in die Richtung gegangen sei, weil im Beirat nicht so klar hervorgegangen sei, wie die Umsatz- und auch die Ertragsentwicklung des Freizeitentrums in sechs bis sieben Jahre sein würde.

(T 33)

STR KommR. Czerny möchte den Abgang aus dem laufenden Betrieb mit € 985.000,-- ein bisschen erläutern. Es sei das der Gesamtbetrag. Der Abgang sei ein anderer Posten. Von den € 985.000,-- kommen in Abzug:

Zinsen für das Darlehen für den Umbau: € 102.200,--,

Erweiterung des Fußballraumes: € 70.000,--

Familienkarten: € 35.000,--

Transferzahlungen (Kletterhalle: Darlehen & Zinsen): € 62.700

Abgangsdeckung (lfd. Betrieb): € 715.900,--.

Daraus folge, dass die reine Abgangsdeckung sich sowohl gegenüber 2013 als auch 2014 für den Voranschlag 2015 sich um ca. 10% verändert habe.

Während der Umbauphase mit Beginn Herbst 2013 (Kunstrasenplatz) können derzeit nur schwer fundierte Prognosen abgegeben werden. Da hier wesentliche Einrichtungen des Sportzentrums über längere Zeit gesperrt sind, können sich die Abgänge kurzfristig wieder leicht erhöhen. Die Abgänge werden sich allerdings im Rahmen zwischen € 650.000,-- und € 800.000,-- bewegen.

Durch Attraktivierungen und die Generalsanierung der Sporteinrichtungen im Happyland wird eine Sportstätte für die Bevölkerung geschaffen werden, die auch in den nächsten Jahren ihrer Rolle gerecht werden kann. Mittels Erhöhung der Besucherzahlen und zusätzlicher Einnahmen soll eine Verbesserung des finanziellen Ergebnisses erreicht werden. Das mittelfristige Ziel ist es, die Gesamtbelastung ab dem Jahr 2017 der Gemeinde (Abgang & Rückzahlung Darlehen inkl. Zinsen) zumindest auf dem Niveau der Abgangsdeckung aus dem Jahr 2012 (Eur 850.000,--) zu halten.

(T34)

**Fragen der SPÖ zum Budget-Voranschlag 2015 - STR Hava:**

- 1) an Darlehensneuaufnahmen sind ca. 15,7 Mio. Euro geplant. Welche Größenordnung wird das Land NÖ noch genehmigen und wieviel Spielraum für künftige Aufnahmen gibt es noch?

(T35)

STR Mayer antwortet, dass an Darlehenszuzählungen genehmigt sind:

Für Grundankauf Kaserne: € 8.000.000,00

Für Happyland: € 1.838.200,00

Für FF Weidling: € 980.800,00

Mit dem Land besprochen und genehmigt sei ausnahmsweise ein gefördertes Darlehen für Gemeindestraßen 2015. Prinzipiell sei zu sagen, dass Darlehensaufnahmen nur nach der freien Finanzspitze möglich seien. Diese werde vom Land ermittelt und sei abhängig von der Einnahmensituation der Gemeinde. Es sei auch maßgeblich Einfluss gegeben von den Einnahmen, wie diese zu den laufenden Ausgaben stehen. Das sei immer veränderlich. Vor Darlehensaufnahmen seien grundsätzlich Finanzierungsgespräche mit dem Land zu führen und erst nach der Sicherung der Finanzierung dürfen Vorhaben begonnen werden. Es müsse somit diese Aufnahme überhaupt tätigen zu dürfen, vorher sichergestellt sein durch das Land, bevor man überhaupt ein Projekt starten dürfe. Grundsätzlich sei zu sagen, dass dieser veränderliche Wert immer durch das Vorliegen eigener Einnahmen bedingt werde, auch aus den marktbestimmten Betrieben. Dadurch werde ein Darlehen leichter finanzierbar und eher genehmigt.

(T36)

**STR Hava:**

- 2) Warum werden die Überschüsse aus den Gebührenhaushalten in Höhe von rd. 3,8 Mio. Euro nicht in den Rücklagen verbucht und für Investitionen in den marktbestimmten Betrieben verwendet? Wofür genau, werden die Gewinnentnahmen im ordentlichen Haushalt verwendet?

(T37)

**Antwort STR Mayer:**

Die Gemeinde ist grundsätzlich verpflichtet, den Voranschlag ausgeglichen zu erstellen. Im ordentlichen Haushalt decken alle Einnahmen alle Ausgaben. Eine Zuordnung nach dem Einzeldeckungsprinzip (wie im außerordentlichen Haushalt) ist hier nicht möglich.

Weiters sind alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Maastrichterergebnisses, insbesondere auch jene, welche die VRV bietet (z.B. Umbuchung von Überschüssen bei marktbestimmten Betrieben) auszuschöpfen.

Eine Dotierung der Rücklagen erfolgt bei Erstellung des Rechnungsabschlusses.

(T37, 1:05)

STR Dr. Pitschko hat eine Zusatzfrage. Er meint, dass man dieses Gesamtdeckungsprinzip volkstümlich mit „Geld hat kein Mascherl“ umschreiben könne. Wenn er jetzt sage, die Kanal-, Müll- und Wassergebührenüberschüsse würden für die Hoheitsverwaltung verwendet, ob das richtig oder falsch sei?

STR Mayer antwortet, es sich so klipp und klar nicht sagen zu trauen. Die Überschüsse fließen in den ordentlichen Haushalt ein, um dort Bedeckungen zu erstellen. Was natürlich gegeben wäre, würden diese Überschüsse in eine Rücklage gegeben, dass dann diese Überschüsse (€ 8 Mio.) fehlen würde und dass diese dann im ordentlichen Haushalt, der ausgeglichen sein müsse, eingespart werden müssten. Dazu sei jeder aufgerufen, und es sei spannend, welche Phantasien es gäbe, wie diese eingespart würden. Diese Gelder kommen auch andererseits zugute. Man habe Gebäudeerhaltungen an Schulgebäuden, an Kindergartengebäuden, den Straßenbau, theoretisch auch die Hoheitsverwaltung. Es solle aber nicht hinausgehen, dass das irgendwo versickern würde in Personalkosten oder Sonstiges. Aber hier seien vorrangig die Gebäudeerhaltungen an Schulen und Kindergärten, weil dafür keine Gebühren vorgesehen seien, aber trotzdem erhalten werden müssen. Die Gemeinde sei mit den Ertragsanteilen bzw. mit der Grundsteuer alleine das nicht in der Lage. Daher seien auch diese Überschüsse heranzuziehen. Man brauche nur in die Nachbargemeinde schauen. Dort sei eine andere Mehrheit einer anderen Fraktion gegeben. Dort sei die Opposition genau der gleichen Meinung wie hier, nur in einer anderen Farbe. D.h., es gehe gar nicht anders, den ordentlichen Haushalt auszugleichen, ohne nicht in gewisser Weise auf Überschüsse in den Gebühren zurück zu greifen.

(T38)

Für GR Dr. Schweeger-Exeli stellt sich die Frage, wie weit das vom Gesetzgeber überhaupt vorgesehen sei, und auf das habe er noch nie eine befriedigende Antwort erhalten. Er habe das Gefühl, dass man da versuche, sich durchzumuscheln, um nicht gegen diese Mauer zu laufen, dass man irgendwo Einsparungen machen müsste, weil sie einfach nicht auf die reguläre Art und Weise finanzierbar seien. Das, glaube er, sei die Quintessenz dieser Aussage. Das Gesamtdeckungsprinzip beziehe sich ganz ausdrücklich nicht auf die Gebührenerhebungen der marktbestimmten Betriebe, denn diese müssen nach den gesetzlichen Vorgaben eigentlich ganz genau diesen marktbestimmten Betrieben zukommen. D.h. mit anderen Worten, dass man da natürlich Rücklagen mache und auch bestimmte Investitionen tätige, um diesen Betrieb aufrecht zu erhalten. Er könne nur sagen, dass das irgendwann vermutlich abgestellt werde, und man würde daran gut beraten sein, diese Vorgehensweise, die auf tönernen Füßen stehe, einfach einmal abzustellen.

(T38, 1:14)

STR Mag. Honeder bittet GR Dr. Schweeger-Exeli, solche Äußerungen wie „durchmuscheln“ zu unterlassen. Es gehe primär darum, dass er hier wieder in einer diskreditierenden Art und Weise argumentiere. Dieser Rechnungsabschluss werde geprüft von der Gemeindeaufsicht, vom Rechnungshof usw. Bis dato habe es noch niemals Beanstandungen gegeben. Insofern müsse man sagen, dass diese Vorgehensweise sicherlich den Gesetzen entspreche, weil sonst hätten diese das durchaus schon in der Vergangenheit anders gesehen. Man versuche sich sicherlich peinlichst genau an die Gesetze zu halten. Es möge zwar die eine oder andere Auslegung geben, aber bisher sei die Auslegung konform mit den Prüfungsinstanzen, die es gebe.

STR Mag. Wimmer hält fest, dass er in der Vorwahlzeit einmal der ÖVP und STR Mag. Honeder Recht gebe. Das Problem sei, er wisse schon, was GR Dr. Schweeger-Exeli meine, dass der politische Rahmen sei so breit sei, dass man innerhalb dieses Rahmens so handeln könne. Er müsse auch sagen, dass es, so lange dieser gesetzliche Rahmen so sei, ok sei. Die zweite Frage sei schon klar, er verstehe schon STR Dr. Pitschko, aber was ihm bei ihm ein bisschen fehle, sei, wo man einsparen solle. Er selbst sehe keine Möglichkeit, € 3 Mio. irgendwo einzusparen. Es gebe Einsparungsmöglichkeiten - das wolle er gar nicht abstreiten und dafür seien Die Grünen immer wieder -, aber dass es komplett ohne Entnahme der Gewinne gehe, bezweifeln sie.

(T39)

STR Hava sagt, wenn er den Kanalbau hernehme und dort werde auf Kreditbasis ein Neubau finanziert, man aber dort Überschüsse von € 1,6 Mio. habe, dann frage er sich, warum man dann

den Gebührenzahler mit Kreditzinsen belasten müsse. Das sei nämlich der Punkt dabei. Da habe STR Dr. Pitschko vollkommen Recht, wenn er das meine. Dass man in anderen Bereichen vielleicht ein Darlehen aufnehmen müsse, sei schon klar, aber die Zuordnung dieser Darlehen an den Gebührenzahler sei das, weil dann alles teurer werde. Wenn man das im Müllbereich genau so mache, wenn man ein Müllfahrzeug anschaffe und es per Kredit oder Leasing finanziere und habe Überschüsse dazu, dann sei das für den Gebührenzahler nicht ganz einsichtig. So, glaube er, habe der Gesetzgeber das nicht gemeint.

(T40)

STR Mayer antwortet, wenn er € 1,6 Mio. in den a.o. Haushalt überführe, dass sie ihm dann im ordentlichen Haushalt fehlen und dass im ordentlichen Haushalt Darlehensaufnahmen nicht möglich seien. Und das sei der Grund, warum man Darlehensaufnahmen machen müsse, um einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt zu schaffen.

(T41)

STR Mag. Wimmer meint, dass man differenzieren sollte, und das sei die grundsätzliche Frage. Hier sehen es Die Grünen so wie die ÖVP, dass es ohne Überführung von Gewinnen nicht gehe, um den ordentlichen Haushalt zu bedecken und ausgeglichen zu bilanzieren. Dann sei aber die zweite Frage zu stellen, und da stimme er mit STR Dr. Pitschko überein, wo man etwas einsparen könnte. STR Dr. Pitschko stelle jedoch beide Fragen infrage. Die erste Frage könne er jedoch nicht, weil er ganz genau wisse, wie der ordentliche Haushalt budgetiert sei und dass man dazu auch die Gewinnentnahmen brauche. Die Frage sei jedoch, ob sie optimal eingesetzt seien, und darüber könne und solle man diskutieren.

STR Dr. Pitschko wirft ein, dass man dann hineinschreiben solle, was da drinnen stecke. Es sei ja die Frage, ob man das alles brauche. Es sei fraglich, ob man ein Stadtmarketing brauche. Das könne man nur mit den Kanal- und Müllgebührenüberschüssen zahlen.

(T43)

STR HAVA erläutert, dass es bereits von ihm einen Antrag auf Senkung der Müllgebühren gegeben habe. Es würden ab Jänner die Müllfahrzeuge nach Wien fahren, und es würde sich daraus eine Einsparung von ca. € 300.000,- jährlich ergeben. Jetzt habe man im Vorjahr € 834.000,- Überschuss gehabt. Mit diesen Einsparungen seien es dann € 1,2 Mio. Die ÖVP habe diesen Antrag ohne Diskussion abgelehnt. Daher ergebe sich heute die Gelegenheit zur Frage.

- 2) Warum werden erzielte Einsparungen im Bereich Müllentsorgung durch die Lieferungen an die Stadt Wien nicht an die Bürger weitergegeben im Ausmaß von 10 % Gebührensenkung?

Dazu müsse er sagen, dass sie vor ca. 4 Jahren um 20 % erhöht worden seien.

**Antwort STR Mayer:**

Voraussetzung sei, dass längerfristig nicht an Gebührenerhöhungen gedacht werde, aber mittelfristig sehr wohl ein Mehraufwand gegeben sei. Man habe gehört, dass der Wirtschaftshof zentralisiert werden solle. Auch da stecken Teile des Betriebs Müllbeseitigung drinnen. Auch Müllfahrzeuge müssen immer wieder angeschafft werden. Eine Gebührensenkung in Hinblick auf die Mehrbelastungen, die kommen werden, schein ihm aus der heutigen Sicht nicht sinnvoll. Nachdem er nur Antworten geben habe dürfen, möchte er die SPÖ einmal fragen, wieviel Einsparung pro Haushalt durch diese Ersparnis des Müllbringens nach Wien herauskomme?

(T43)

STR Hava bemerkt, dass es ihm nicht um die Höhe der Einsparung gehe, sondern generell.

STR Mayer bekundet, dass € 27,83 pro Haushalt und Jahr, d.s. € 2,32 pro Monat, herauskämen.

Es kommt zu einer kurzen Debatte zwischen STR Mayer und STR Hava, der betont, dass trotz der Müllfahrzeuginvestitionen von € 250.000,- bis € 270.000,- pro Auto diese Überschüsse erwirtschaftet worden seien. Alle Investitionen der letzten Jahre, die als Erhöhungsgrund angegeben worden seien, seien getätigt worden, und trotzdem habe man die Überschüsse, und um das gehe es. Warum solle der Bürger nicht profitieren, wenn es einmal nach unten gehe?

STR Mayer meint, dass man über die Überschüsse diskutiert habe und dass festgestellt worden sei, dass der ordentliche Haushalt nicht finanzierbar wäre ohne die Überschüsse aus den Betrieben und dass die Notwendigkeiten in den Betrieben ohnehin getätigt würden. Für ihn sei diese Einsparung von € 2,32 im Monat weiterzugeben an den Gebührenzahler ein reines Wahlzuckerl - wunderschön verpackt, aber für ihn kaum süß.

(OV Bauer verlässt die Sitzung um 16:40 Uhr)

<b>Ö 2.1</b>	<b>Voranschlag 2015</b> <b>Vorlage: GA II/1/0073/2014</b>
--------------	--

Nach Einreichung der Voranschlagswünsche der einzelnen Verwaltungsabteilungen und nach Verhandlungen mit den zuständigen Stadträten liegt der Voranschlagsentwurf für das Haushaltsjahr 2015 vor.

Die Auflage zur öffentlichen Einsicht gemäß § 73 Abs. (1) der NÖ. Gemeindeordnung erfolgte in der Zeit vom 17. November 2014 bis 01. Dezember 2014.

Stellungnahmen zum Voranschlag 2015 wurden innerhalb der Auflagefrist eingebracht:

- **Gerhard Mikolasch:** Mail vom 26.11.2014  
Unterabschnitt 616: Sonstige Straßen und Wege, Radwegebau

Eckdaten des Rechenwerkes 2015:

Ordentlicher Haushalt:

Einnahmen	EUR 64.774.900,00
Ausgaben	EUR 64.774.900,00

Außerordentlicher Haushalt:

Einnahmen	EUR 23.713.900,00
Ausgaben	EUR 23.713.900,00

„Maastricht-Ergebnis“: EUR - 8.476.300,00

Voraussichtlicher Schuldenstand per 31.12.2015: EUR 68.406.000,00

***Beschluss:***

Der Gemeinderat genehmigt den vorliegenden Voranschlag 2015 mit den im Sachverhalt angeführten Eckdaten samt Haushaltsbeschluss, Dienstpostenplan und den mittelfristigen Finanzplan 2016 – 2019.

Anlagen:

Voranschlag 2015 inkl. mittelfristigen Finanzplan 2016-2019  
Stellungnahme von Herrn Gerhard Mikolasch (Mail vom 26.11.2014)

**Ohne Einwendungen auf die TO-GR**

<b>Ö 3</b>	<b>Minderheitenantrag gemäß § 46 (1) NÖ GO - Fußgängertunnel zwischen Stiftsgarage und Rathausplatz als Alternative zu einer Tiefgarage unter dem Rathausplatz Vorlage: Bgm-Amt/0320/2014</b>
------------	---

### Sachverhalt:

Zur Sitzung des Gemeinderates am 21. November 2014 wurde der im Folgenden angeführte Dringlichkeitsantrag eingebracht.

#### Sachverhalt:

Aus gegebenem Anlass richtete Gemeinderat Dipl.Ing. Peter Hofbauer am 13. April 2014 ein Email mit folgendem Text an Herrn Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager:

-----  
*Sehr geehrter Herr Bürgermeister !*

*Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat !*

*In der GR-Sitzung am Freitag, dem 11.April2014 wurde von Seiten der ÖVP-Fraktion in Abrede gestellt, dass die ÖVP jemals die Errichtung einer Tiefgarage im Bereiche des Rathausplatzes in Aussicht gestellt hätte. Wie aus beigefügtem Artikel im Kurier vom 29.Juni 2005 hervorgeht, entspricht diese Abrede nicht der Wahrheit .*

*Darüber hinaus ist die in diesem Artikel getroffene Behauptung, dass die SPÖ den Bau einer mehrstöckigen Garage forderte, ebenfalls falsch. Tatsächlich forderte ich nämlich in meiner damaligen Funktion als Fraktionsvorsitzender der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, dass geprüft werde, **ob in Kooperation mit dem Stift Klosterneuburg der Bau eines Fußgängertunnels zwischen Stiftsgarage und Rathausplatz möglich wäre.** Von einem solchen Fußgängertunnel sollte man sowohl über eine Stiege, als auch mit Lift auf den Rathausplatz gelangen können. Dies wäre insbesondere bei Veranstaltungen in der Babenbergerhalle von Vorteil, weil man bei entsprechender Situierung der Anlage vom einem in der Stiftsgarage geparkten Auto „trockenen Fußes“ direkt in die Babenbergerhalle gelangen könnte. Wie- leider viele andere- von mir gemachten Vorschläge, wurde auch dieser , offensichtlich aus parteitaktischen Gründen, von Herr Bürgermeister Dr.Schuh und seiner ÖVP abgelehnt.*

*Ich schlage vor ,dass man diese Idee wieder aufgreift oder zumindest evident hält.*

*Bezüglich der anderen in diesem Artikel enthaltenen Versprechungen betreffend die „neuen“ Rathausplatz behalte ich mir vor, Anfragen an Herrn Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager zu richten.*

*Im Lichte dieser meiner Ausführung sollte auch die Diskussion zwischen den Stadträten Mag.Honeder und Mag.Wimmer in Erinnerung gerufen werden, in der Stadtrat Mag. Honeder die ÖVP als alleinigen Gralshüter der Wahrheit zu definieren versuchte.*

Herr Bürgermeister antwortete, wie folgt:

*S.g. Hr. Gemeinderat!*

*Lieber Peter!*

*Danke für die Informationen.*

*Einerseits zeigen diese, dass es sich um einen Bericht zu einer Befragung handelt, andererseits ist damit auch erwiesen, dass eine Tiefgarage kein Thema oder Punkt eines ehemaligen ÖVP Programms, wie behauptet, war.*

*Ebenso ist das Dokument ein schöner Nachweis für die frühe Bedeutung von Bürgerbeteiligung für die ÖVP.*

*Herzlichen Dank für die Präzisierung und Klarstellung.*

---

Dazu stellt nunmehr Gemeinderat Peter Hofbauer folgendes fest:

1.) Der Kurierartikel bezieht sich auf die damalige Homepage der ÖVP. Aus der oben angeführten Stellungnahme geht hervor, welche Bedeutung den Ankündigungen der ÖVP auf deren Homepage beizumessen ist.

2.) Mit geradezu auffallender Offenherzigkeit gesteht Herr Bürgermeister seine tatsächliche Haltung zu Bürgerbeteiligungen ein.

**„Ebenso ist das Dokument ein schöner Nachweis für die frühe Bedeutung von Bürgerbeteiligung für die ÖVP.“**

Durch dieses offenherzige Bekenntnis zeigt er die tatsächliche Haltung der ÖVP zur Idee von Bürgerbeteiligungen. Dies wurde letztlich auch durch die Ablehnung des von Peter Hofbauer zur Sitzung am 29 Juni 2012 eingebrachten Dringlichkeitsantrages „Installierung von Bürgerbeteiligungsverfahren“ untermauert.

Der von Hofbauer eingebrachte und von ÖVP abgelehnte Antrag lautete: „*Es wird ein für Klosterneuburg geltendes „BürgerInnen- Mit-Wirkungskonzept erarbeitet, durch welches den BürgerInnen Mitwirkung bei öffentlichen Anliegen in kommunale Entscheidungsprozesse gewährleistet. wird.“*

Die derzeit im Gange Bürgerbeteiligungskampagne betreffend Kasernengelände ist daher entsprechend zu bewerten.

Aus gegebenem Anlass stellt Gemeinderat Dipl.Ing. Peter Hofbauer den

### **Dringlichkeitsantrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

1.) Die Stadtgemeinde Klosterneuburg tritt in Verhandlungen mit dem Stift Klosterneuburg mit dem Ersuchen zu prüfen, ob seitens des Stiftes die grundsätzliche Bereitschaft besteht einem Projekt „Fußgängertunnel von der Stiftsparkgarage zum Rathausplatz näher zu treten.

2.) Die grundsätzliche Zustimmung des Stiftes vorausgesetzt wird eine Machbarkeitsstudie für ein Projekt „Fußgängertunnel zwischen Stiftsgarage und Rathausplatz“ in Auftrag gegeben.

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Ein Fußgängertunnel zwischen Stiftsgarage und Rathausplatz ist als eine wesentlich wirtschaftlichere und leichter realisierbare Alternative zu einem immer wieder in die Diskussion eingebrachtem Projekt „Tiefgarage Rathausplatz“ zu sehen.

Anmerkung:

Beigefügte Kopie des im Sachverhalt genannten Kurier-Artikel wesentlicher Teil des gegenständlichen Antrages.

---

**Die Dringlichkeit wurde von den Mitgliedern der ÖVP – Fraktion und von GR Schweeger nicht zuerkannt. ( Stimmhaltung Frau Gemeinderätin Pröghöf)**

**Die unterzeichneten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vertreten die Meinung, dass eine weitere Behandlung des von GR Dipl. Ing. Peter Hofbauer zur Sitzung am 21. November eingebrachten Dringlichkeitsantrages sinnvoll ist. Die unterzeichneten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher den**

### **Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1.) Die Stadtgemeinde Klosterneuburg tritt in Verhandlungen mit dem Stift Klosterneuburg mit dem Ersuchen zu prüfen, ob seitens des Stiftes die grundsätzliche Bereitschaft besteht einem Projekt „Fußgängertunnel von der Stiftsparkgarage zum Rathausplatz näher zu treten.
- 2.) Die grundsätzliche Zustimmung des Stiftes vorausgesetzt, wird eine Machbarkeitsstudie für ein Projekt „Fußgängertunnel zwischen Stiftsgarage und Rathausplatz“ in Auftrag gegeben.

**Zum Antrag sprachen:** GR Dr. Hofbauer, STR Dr. Mann, STR Mag. Wimmer, STR Mag. Honeder, GR Dr. Schweeger-Exeli, STR Dr. Pitschko, Bgm. Mag. Schmuckenschlager

### **Wortmeldungen:**

(T44)

GR DI Hofbauer bemerkt, diesen Antrag in der letzten Sitzung des Gemeinderats eingebracht zu haben, um die Möglichkeit auszulösen, wie man das Problem Rathausplatz, das heute wieder

angesprochen worden sei, lösen könnte. Diesem Dringlichkeitsantrag sei die Dringlichkeit entgegen bisheriger Gepflogenheiten nicht zuerkannt worden, weil die ÖVP und die PUK die Dringlichkeit abgelehnt hatten. Er glaube, dass es zumindest ein Akt der Höflichkeit gewesen wäre, ihm das vorher zu sagen, denn nach der Gemeindeordnung wäre ihm zugestanden, wenigstens diesen Dringlichkeitsantrag vorzulesen. Eigentlich sei er überrumpelt worden, weil es bis jetzt so gewesen sei, dass man pauschal der Dringlichkeit von Dringlichkeitsanträgen die Zustimmung gegeben habe, und da habe man die Möglichkeit nicht gebraucht, diesen Dringlichkeitsantrag vorzulesen. Nun möchte er den Dank aussprechen an die kleinen Fraktionen, die seinem Ersuchen stattgegeben und diesen Minderheitenantrag unterschrieben haben, damit über diese Angelegenheit im Gemeinderat wieder gesprochen werden könne. Er glaube, dass hier ein wichtiges Zeichen gesetzt worden sei. Das habe man schon einmal gesetzt in Zusammenhang mit der Abschaffung des Wortprotokolls. Die kleinen Fraktionen haben sicherlich auch deshalb unterschrieben, weil sie das gleiche Schicksal auch treffen könne, dass sie einen Dringlichkeitsantrag einbringen, der abgelehnt und dann wie üblich in den Ausschuss verwiesen werde, um dort das Schicksal eines Ideenbegräbnisses erster Klasse zu erleiden. Bei dieser Gelegenheit möchte er auch der Presse, nämlich der NÖN, danken, denn sie habe darüber geschrieben, dass der Antrag abgelehnt worden sei. Das sei keine Selbstverständlichkeit, weil in früheren Zeiten habe die NÖN Hofberichterstattung betrieben. Jetzt sei doch eine gewisse Meinungsvielfalt gegeben, was sich sicher auch auf die Auflagezahl auswirke. Es habe Zeiten gegeben - das habe ihm ein pensionierter oder nicht mehr im Gemeinderat befindlicher ÖVP-Gemeinderat gesagt -, wo der Chefredakteur bereits am Montag in der Früh beim Bürgermeister (dem Vorgänger) gewesen sei, der diesem dann gesagt hatte, was er schreiben durfte und was nicht. Ob das stimme oder nicht, könne er nicht nachvollziehen, aber eines sei sicher, dass die NÖN in diesen Zeiten nicht nur über Politik berichtet, sondern ausdrücklich auch Politik gemacht hatte. Denn als ihm ein hochrangiger ÖVP-Politiker einmal per Telefon angeboten hatte, er hätte mitspielen sollen bei der Ausgliederung der Immobilien, dann sei zufällig in der NÖN gestanden, dass der Ortsvorsteher von Gugging zufällig den Rücktritt von Peter Hofbauer innerhalb der SPÖ verlangt habe. Er hatte damit eigentlich etwas ausgelöst, was man heute sehe. Es sei reiner Zufall gewesen, dass hier die NÖN politisch tätig geworden sei. Nun habe er denen seinen Dank ausgesprochen, die das Thema unterstützen und möchte auf das Thema eingehen. Es sei nämlich so, dass vom Bürgermeister behauptet worden sei, dass von der ÖVP niemals die Forderung oder das Versprechen in den Raum gestellt worden wäre, dass es hier eine Tiefgarage unter dem Rathausplatz geben solle. Vorher sei in der NÖN richtig zitiert, der Bürgermeister habe den Dringlichkeitsantrag deshalb ablehnen lassen, weil er den Einzug von Wahlpropaganda nicht in die Gemeinderatssitzung zulasse. Das finde er (Hofbauer) ziemlich lustig, weil Wahlkampf immer sei, weil, wenn hier Ideen eingebracht werden, dann versuche man auch, die Wähler hinter sich zu vereinigen, damit sie dieses Anliegen unterstützen. Hier zu sagen, man wolle im Gemeinderat keine Wahlpropaganda, sei in der Gegenwart, wo ein riesiges Bürgerbefragungs-Kasperltheater gemacht werde, lustig. Noch lustiger sei es, dass er Fragen gestellt und Bezug genommen habe auf einen Artikel im Kurier, der der Auslöser gewesen sei. Das stehe im Juni 2005: „ÖVP will neuen Rathausplatz mit Tiefgarage.“ Das sei zehn Jahre her, und heute sei wieder von einem Konzept gesprochen worden, wie man diesen Rathausplatz umgestalten könnte. STR Mayer habe da wieder auf die Konzepte hingewiesen, die Herr Egger da mache. Konzepte, Konzepte, Konzepte - in den letzten 30 Jahren habe es nichts als Konzepte gegeben, aber Umsetzung der Konzepte habe es nicht gegeben und auch keine Begründungen dafür, warum die Konzepte nicht umgesetzt worden seien. Es habe somit nie Abschlussberichte gegeben. In diesem Artikel stehe, dass der Rathausplatz von einem Stiefkind zu einem echten Stadtzentrum werden solle. Stiefkind sei überhaupt etwas Aktuelles. STR DI Eigner habe letztlich im Kurier mit der Überschrift „Öffis noch immer Stiefkinder“ gesprochen. Stiefkinder haben jedoch einen Stiefvater. Seit 1955 gebe es jedoch nur ÖVP-Bürgermeister. Diese seien die Stiefväter dieser Stiefkinder.

GR DI Hofbauer bringt sodann einen Teil des Inhaltes des Kurier-Artikels vom 29.6.2005 zur Kenntnis.

Aufgrund eines etwas lauterem Geräuschpegels im Sitzungssaal bittet der Bürgermeister um Ruhe.

GR DI Hofbauer erörtert, um dem Vorwurf vorzubeugen, die alten Sachen würde niemanden mehr etwas angehen, dass er vorlesen könnte, wer von den hier anwesenden Stadt- und Gemeinderäten damals schon im Gemeinderat gewesen seien - mindestens fünf - STR Mayrhofer, STR DI Eigner usw. - seien es damals schon gewesen. Diese Kindesweglegung, es wären die Anderen gewesen, und die ÖVP habe damit gar nichts zu tun, das könne sie vergessen, ganz abgesehen davon möchte er in diesem Zusammenhang einmal die Frage stellen, wie das Ablaufdatum von Versprechungen sei, die die ÖVP mache. Sei das meistens ein paar Sekunden nach der Wahl schon? Diese Frage müsse in dem Zusammenhang nämlich gestellt und betont werden. Zu sagen, es wäre damals gewesen und würde keinen Menschen interessieren und würde Geschichte sein, sei nicht zulässig. Er fragt GRin Mag. Stöber, wie eigentlich Geschichte sei. Er sagt, dass Geschichte das sei, was man in der Zukunft verwerte, was die Vergangenheit lehrte. Es sei nämlich GRin Mag. Stöber gewesen, die zu ihm gesagt hatte, er möge einmal mit diesen alten Sachen aufhören, weil das keinen Menschen mehr interessieren würde. Er finde, dass das ganz wichtig sei, dass man diese alten Sachen sehr wohl aufhebe und dann Rechenschaft verlange, warum etwas, das immer wieder versprochen werde, nicht vollzogen werde.

GR DI Hofbauer liest den Zeitungsartikel weiter vor und bemerkt, dass er sich aufgrund des Zeitungsartikels aus 2005 erlaubt habe, einen Antrag und auch Fragen an den Bürgermeister zu stellen. Das seien dringliche Anfragen gewesen, und zwar:

1.) Wurde von der ÖVP eine Bürgerbefragung „gestartet“, wie im oben angeführten Kurierartikel berichtet?

2.) Auf Grundlage welcher demoskopischen Grundprinzipien erfolgte die Bürgerbefragung, um eine repräsentatives Ergebnis zu bekommen?

Er meine, dass die zweite Frage überflüssig wäre, weil die erste gar nicht gemacht worden sei. Da brauche er auch nicht nach dem Ergebnis der Bürgerbefragung fragen, weil sie offensichtlich nicht gemacht worden sei, und auch ein Architektenwettbewerb sei nicht gemacht worden. Daraufhin bekomme er die lustige Antwort des Bürgermeisters zurück. „Danke, lieber Peter! Es ist dies ein Dokument und ein schöner Nachweis für die frühe Bedeutung von Bürgerbeteiligung für die ÖVP.“ Dem brauche man nichts hinzuzufügen. Man wisse, wie die Bedeutung von Bürgerbefragung für die ÖVP sei. Sie werden angekündigt, aber nicht gemacht und wenn man sie brauche, dann ziehe man sie aus der Westentasche. Dann dürfe er auch erinnern, einen Antrag gestellt zu haben - er glaube, es wäre zwei Jahre her - und STR Mag. Honeder habe damals laut Protokoll gesagt, die Idee wäre ganz gut - eigentlich habe dieser aber gedacht, Hofbauer nicht Recht geben zu können, weil das noch schöner wäre -, sondern habe gesagt, man mache eine Bürgerbeteiligung erst dann, bis vom Minister entsprechende Ausarbeitungen vorlägen. Auf das habe man aber bei dem € 200.000,- teuren Bürgerbeteiligungs-Kasperltheater in Zusammenhang mit dem Kasernengelände offensichtlich nicht gewartet. Es komme aber noch lustiger. Der Bürgermeister schreibe ihm glatt: „Nachdem die der Anfrage beigefügten Fragen ausschließlich Handlungen bzw. Entscheidungen und Vorhaben der Volkspartei betreffen, bitte ich Dich (Hofbauer), die Anfrage an die Volkspartei zu richten.“

Auf GR DI Hofbauers Frage, an wen er diese Anfrage richten solle, wird Vzbgm. Reg.Rat Raz genannt.

Dazu meint er, dass Vzbgm. Reg.Rat Raz der richtige Mann wäre, weil er bereits seit 10 Jahren der Planungsstadtrat sei. Er habe vollkommenes Verständnis für den Bürgermeister, dass er sich ein bisschen von der ÖVP distanzieren wolle, weil sie ihn pausenlos einfahren lasse mit Volksbefragungen u. dgl., aber dass er es so offen zugebe, finde er eigentlich lustig. Die Botschaft des Bürgermeisters sei zu ihm am Montag in der Früh gekommen, da sei er meistens ziemlich grantig, doch wenn er hin und wieder so etwas geschickt bekomme, könne darüber herzlich lachen.

Dass sich ein ÖVP-Bürgermeister von der ÖVP distanzieren, finde er schon lustig. Bezeichnend sei aber - so lustig das sei -, dass traurig sei, wie die ÖVP öffentlich mit dem Begriff Bürgerbeteiligung umgehe. Er könne nochmals wiederholen: Die Bedeutung der Bürgerbeteiligung habe der Bürgermeister kundgetan. Gemacht sei damals aber nichts worden. Dann sei ein Antrag von ihm betreffend Bürgerbeteiligung gekommen. Der sei abgelehnt worden, und jetzt werde großes Bürgerbeteiligungs-Kaspertheater gemacht - mehr könne er das nicht bezeichnen. Heute sei wieder die Frage der Gestaltung des Rathausplatzes diskutiert worden in Zusammenhang mit dem Budget. Man möge ihm glauben, sein Antrag sei tatsächlich diskussionswürdig. GR DI Hofbauer liest sodann Punkt 1) des Antrages vor und sagt, dass man natürlich mit dem Stift zuerst einmal debattieren müsse. Beim Heurigen sei er in Gesprächen mit anderen Mandataren gefragt worden, warum er nicht selbst hingegangen wäre. Er hält fest, dass er - leider - nicht der Bürgermeister sei, weil dann würde es in dieser Stadt wesentlich anders ausschauen. Das könne er mit Sicherheit sagen. Konzepte, die eine Menge Geld gekostet haben und nicht umgesetzt werden, hätte es sicher nicht gegeben. Er fragt, was in dieser Stadt seit 1981, seit er im Gemeinderat sei, irgendwie geändert worden wäre? Nichts, außer Konzepte: Wirtschaftskonzepte, Verkehrskonzepte, Planungskonzepte - Konzepte, Konzepte, Konzepte - herauskomme aber nichts. Um dem Bürgermeister die Antwort vorweg zu nehmen: Wenn er ihn (Hofbauer) beauftrage, er solle im Namen der Stadtgemeinde hinüber gehen und mit dem Stift verhandeln, dann werde er es selbstverständlich tun, weil selbst könne er sich die Initiative nicht anmaßen. Es hätte das für das Stift den Vorteil, dass die Garage ausgelastet wäre. Bei einer Abendveranstaltung, wie z.B. bei einer Ballveranstaltung, einer Antiquitätenmesse usw. könnten die Leute unten in die Garage hineinfahren, würden dort zahlen und gingen trockenen Fußes durch diesen Tunnel bis zur Babenbergerhalle. Dort würden sie mit dem Lift hinauffahren oder könnten über die Stiege gehen. Es wäre sicher im beiderseitigen Interesse. Bei der letzten Sitzung sei als Gegenargument von GR DI Kehrer gekommen, wie er (Hofbauer) sich das als Ingenieur vorstellen würde. Dazu sei zu sagen, dass der Tunnel höchstens 110 m lang wäre.

(GR Kaufmann verlässt die Sitzung um 17:00 Uhr.)

Es schaue viel mehr aus, aber er habe es nachgemessen. Einen Tunnel mit 110 m zu machen, sei eine Kleinigkeit im Vergleich zu einer Tiefgarage, von der nur gesprochen werde. Da würde man nichts aufgraben oder wegreißen müssen und wäre durchaus machbar. Wenn man dann noch behaupte, dass irgendwelche archäologische Funde betroffen sein könnten, so würde man diese gar nicht finden, wenn man nicht aufgraben würde. Außerdem, als die Stiftsgarage gebaut worden sei, habe es diesbezüglich keine Probleme gegeben, und ein Tunnel in dieser Tiefe würde ganz sicher unter ehemaligen Bauten durchgehen. Selbst, wenn man etwas fände, wäre es sehr interessant. Aber wenn man nichts mache, dann finde man es nie. In Wien seien U-Bahnen gebaut worden, da habe es sicherlich diese Probleme auch gegeben, und sie seien gelöst worden. Daher bitte er, dass mit dem Stift in Gesprächen getreten werde, dass man diesem Antrag zustimme, und den zweiten Punkt betreffend Machbarkeitsstudie könne man dann im Ausschuss behandeln. Da sei er durchaus einverstanden, dass man das dem Ausschuss zuweise. Er bitte nochmals, das nicht als Wahlpropaganda zu werten. Es habe sich so ergeben. Außerdem brauche er sich nicht dafür entschuldigen, wenn er im Zuge der Wahlvorbereitungen etwas bringe. Außerdem habe er angenommen, dass die Wahl erst im März sein würde und sei diesbezüglich sozusagen überfallen worden. Man möge ihm glauben, dass das sicher eine diskussionswürdige Alternative sei zu dem seit Jahren und Jahrzehnten versprochenen Projekt Tiefgarage unter dem Rathausplatz, das an und für sich niemals kommen werde.

(T45)

STR Dr. Mann meint, dass man inhaltlich zum Fußgängertunnel zum Rathausplatz so oder so denken könne. Als dieser Antrag das erste Mal vor Jahren eingebracht worden sei, sei er sehr aktuell gewesen. Ob das heute aktuell sei, müsste man sich jedoch näher anschauen und wirklich

anschauen, welche Möglichkeiten und Vorteile das bieten würde. Er könnte sich das grundsätzlich vorstellen. Klar sei jedoch für ihn jedenfalls, dass es hier um mehr gehe. Es gehe darum, dass hier jemand unbequem sei. Die Gemeindeordnung lasse das zu, das sei klar. Wenn jedoch jemand unbequem sei, dann sei es nicht die Mehrheit, die sagen könne, dass man zu diesem Thema rede oder nicht. Aber es könne nicht sein, dass es so sei, dass die Mehrheit alleine entscheide, wer rede und was man rede. Daher möchte er in Abwandlung der britischen Schriftstellerin Evelyn Beatrice Hall sagen, man möge das verdammen, was man sage, aber er werde sich dafür einsetzen, dass man es sagen könne, und er glaube, dass es genau in diesem Sinne wichtig sei, dass jeder hier, so klein die Fraktion auch sein möge, die Möglichkeit habe, seine Meinung hier preiszugeben.

(T46)

STR Mag. Wimmer meint, dass das nicht die britische Schriftstellerin, sondern der französische Schriftsteller Descartes schon früher gesagt hätte. Er sei zwar nicht der Meinung GR DI Hofbauers, aber dafür, dass dieser seine Meinung äußern könne. Er mache einen Schwenk zur Einleitung, wo GR DI Hofbauer zur Halbwertszeit der Versprechen der ÖVP gemeint hätte, sie wäre 1 Sekunde. Da sei er wieder nicht dieser Meinung - ganz im Gegenteil - die Halbwertszeit der Versprechen der ÖVP sei mindestens ein halbes Jahrhundert. Es sei egal, ob sie etwas 2010 verspreche, sie nehme sich die Gültigkeit, dass sie auch noch 2060 erfüllt würden. GR DI Hofbauer habe wieder das in seiner epischen Breite, die er (Wimmer) manchmal nicht sehr einfach finde, die er aber einfach nicht missen wolle, er hoffe, ihn wieder im nächsten Gemeinderat nicht zu vermissen, ausgeführt. Wie schon gesagt, sei er ein Unbequemer, manchmal auch lästig, stelle er aber durchaus die richtigen Fragen. Und diese Frage, die mit dem Fußgängertunnel vorliege, wäre interessant zu fragen. Vielleicht wäre er absolut nicht möglich, weil dort unten so viele Dinge lägen oder weil das Stift oder der Prälat sagen würde, dass sie das überhaupt nicht wollten, oder sie hätten dort unten überhaupt keine Kapazität. Das aber könne man erfragen. Da einen Erziehungsprozess dadurch zu machen, dass man eine Regelung aufhebe, die eigentlich die ganzen fünf Jahre - in Anerkennung an den Bürgermeister, weil es nicht immer einfach gewesen sei, allen Dringlichkeitsanträgen die Dringlichkeit zu geben - dann eineinhalb Monate vor der Gemeinderatswahl das so zu machen, halte er persönlich für einen kleinen politischen Fehler - nicht für einen großen. Weil es gebe dann die Möglichkeit mit dem Minderheitenantrag und dann sei der Antrag wieder auf dem Tisch. Er hätte so nicht agiert. Was den Antrag betreffe, würde er vorschlagen, dass es in diese Richtung ginge, Gespräche aufzunehmen. Vielleicht habe das der Bürgermeister in der Zwischenzeit ohnehin schon gemacht. Dann seien die Gespräche da und dann wisse der Gemeinderat das Ergebnis, ob das möglich wäre oder nicht. Und genau um das gehe es. Da würde er auch bitten, dass man diese Möglichkeit nützte, diese Frage zu eruieren, und dann sei sie aus seiner Sicht heraus einmal erledigt. Wenn das positiv würde, dass es eine Möglichkeit gäbe, dann würde sicherlich nicht dieser Gemeinderat Schritte setzen, sondern würde das der nächste vielleicht tun, auch unter Bedachtnahme auf das Budget und allen möglichen Dingen. Aber vielleicht wäre es gleich durch das Stift erledigt, indem es sagte, das nicht zu wollen aus berechtigten Gründen. Aber es gäbe eine Antwort an den Gemeinderat, und das sei das Wesentliche, worum es gehe.

Der Bürgermeister meint, froh zu sein - zumindest gebe ihm die NÖN jetzt die Möglichkeit, verstärkt Einblick in andere Gemeinden zu erhalten - dass, so lange Klosterneuburg über diese Dinge ausführlich debattieren könne, weil es uns allen dann ohnehin gut gehe. Er sehe das durchaus als Zugeständnis an einen positiven Weg. Wenn das dringliche Dinge seien, die unbedingt so behandelt werden müssen, dass sich auch die Minderheit dafür einsetze - was legitim und in Ordnung sei -, dann sei das in Ordnung und fein. Es seien sicherlich nicht die spannendsten Seiten in der Zeitung, aber ein Ausweis, dass es in Klosterneuburg gut ausschaue.

(T47)

STR Mag. Honeder bittet, die Bezeichnung „Bürgerbeteiligungs-Kasperltheater“ zu unterlassen. Es gehe schließlich darum, dass Bürgerbeteiligung im Endeffekt etwas sei, was jede erfolgreiche Partei

logischerweise zwangsläufig immer mache. Anscheinend sei es in vielen Dingen, so wie es die ÖVP in der Vergangenheit gehandhabt habe, nicht ganz so schlecht gewesen. Ob es ausreichend sei für die Zukunft, werde man bald wieder sehen. Grundsätzlich, denke er, dass die ÖVP mit diesem Thema sehr ernsthaft umgehe, nachdem man gesehen habe, dass ein großer Wunsch in der Bevölkerung da sei nach Bürgerbeteiligungsprozessen. Daher werde einer gemacht. Er denke, dass das ein sehr professioneller Prozess sei, der gerade in Hinblick auf die Stadtplanungsänderungen auf den Kasernengründen erfolge, und dass das wirklich ein guter Schritt sei. Das sei sicherlich kein Kasperltheater, weil die ÖVP die Bürger in dem Fall sicher sehr ernst nehme. Außerdem, bezüglich des in der letzten Sitzung abgelehnten Dringlichkeitsantrages, gehe es sicherlich nicht darum, ob jemand unbequem sei oder nicht, sondern gehe es darum, ob eine Mittel, das die Gemeindeordnung zulasse, in dieser Art und Weise auch notwendig sei. STR Dr. Mann habe diesen Minderheitenantrag unterschrieben. Insoferne sei dieser der Meinung, dass über diesen Antrag diskutiert werden solle. Dann frage er sich, warum er als Hochbaustadtrat, der dafür zuständig sei, nicht den Antrag und die Idee von GR DI Hofbauer in seinen Ausschuss genommen habe. Dort rede man darüber und schaue, dass die Grundlagen für diese Idee untersucht werden. Das wäre seines Erachtens die Vorgangsweise gewesen, wenn irgendwo eine gute oder weniger gute Idee - das werde man dann erklären können - im Raume stehe. Insoferne hätte er das eigentlich als den richtigen Schritt empfunden, um zu sagen, er kümmere sich darum. Es sei jede Idee, sei sie noch so klein, wenn er sich da noch kein Urteil gebildet habe, überprüfenswert. Das sei auch so in Ordnung, aber insoferne würde er den **Antrag** stellen, diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss, das sei der **Ausschuss für Hochbau, zu verweisen**. Dort solle sich der - in dem Falle werde es der nächste Gemeinderat sein, weil er annehme, dass es keine Ausschusssitzung vor der Gemeinderatswahl mehr geben werde - damit beschäftigen und diesen Antrag behandeln und dann könne auch ein Urteil gefällt werden. Grundsätzlich müsse er sagen, dass das, was GR DI Kehrer das letzte Mal gesagt hatte, seines Erachtens inhaltlich sehr richtig sei. Die Frage sei wirklich, ob die Idee eines Tunnelbaus zwischen Garage und Rathausplatz wirklich eine dringliche Sache sei. Es sei klar, dass man eine Idee in den politischen Prozess einbringen wolle, aber müsse es nicht unbedingt ein Mittel sein, wo schon wirklich an den Haaren herbeigezogen werde, dass es eine Dringlichkeit gebe. Es sei auch ganz klar, STR Dr. Mann hätte es in den Ausschuss nehmen und dort behandeln und die Beamten bitten können, dieses Thema dementsprechend vorzubereiten. Jetzt würde er bitten - je nachdem, wie die nächste Wahl ausgehe, das wissen alle nicht, wer wo sitze und wofür zuständig sei -, dass sich der dafür Zuständige darum kümmern sollte. Seines Erachtens werde die Antwort in Richtung Kosten-Nutzen-Relation, Sinnhaftigkeit und technischer Durchführbarkeit relativ voraussehbar sein. Wenn man das noch von einer anderen Seite bestätigt haben wolle, dann sei das klar und solle dem nachgekommen werden.

(T48)

GR Dr. Schweeger-Exeli betont, sagen zu wollen, dass das protokollgerechte Zitieren von Stimmverhalten angesagt wäre. GR DI Hofbauer habe sich zwar per Email bei allen Gemeinderäten entschuldigt, aber das haben nicht alle mitbekommen - offensichtlich auch von den Zuhörern nicht, weil er das Stimmverhalten falsch wiedergegeben habe. Er (Schweeger) habe sich sehr bewusst der Stimme enthalten. Was GRin Pröglhöf mache, könne er (Hofbauer) sie selbst das nächste Mal fragen. Das halte er für sehr wesentlich, dass man das korrekt wiedergebe. Der Grund, warum er nicht positiv mitgestimmt habe, sondern nur mit einer Enthaltung, liege darin, weil er glaube, dass dieser Antrag versuche, einen zweite, dritten oder vierten Schritt nach dem ersten zu machen. Die ersten Schritte seien selbstverständlich ein komplettes Konzept, wie der Rathausplatz Verwendung finden solle. Dass man von unten irgendwo ein Loch grabe und nach oben einen Ausgang schaffe, sei nicht möglicherweise in Zusammenhang zu sehen mit irgendwelchen Plänen und Planungen, die dann vielleicht später in Zukunft erfolgen würden. Er glaube, dass damit auch das, was GR DI Kehrer ganz klar zum Ausdruck bringe, sozusagen eine Zukunftsvision sei. Solche Sachen schreibe er normalerweise als einen Antrag an einen Ausschuss, z.B. an den Verkehrsausschuss, wenn es darum gehe, eine Idee einzubringen und darüber die Diskussion zu führen, aber nicht hier an den

Gemeinderat, und dafür zu sorgen, dass hier Tunneldiskussionen aufgebauscht werden in den Medien. Das tue ihm leid, aber dafür habe er relativ wenig Verständnis.

(T49)

STR Dr. Pitschko meint, dass er dann in Zukunft auch sehr viel weniger Dringlichkeitsanträge der PUK hier herinnen sehen würde, weil sie diese genauso in einen Ausschuss schicken könnten, so wie es GR DI Hofbauer empfohlen worden sei. Er sage da nur Verkehrskonzept. Wäre in der vorigen Sitzung diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt worden, wäre heute wahrscheinlich im Bericht des Bürgermeisters vorgekommen, dass er ein Schreiben an das Stift gerichtet hätte und dass die Antwort schon da wäre. Das Stift würde sagen, dass es unter den Voraussetzungen, dass die Gemeinde dieses und jenes bezahlen oder die Auslastung der Parkgarage garantieren würde, bereit wäre, in weitere Verhandlungen zu treten. Es hätte auch sein können, dass das Stift sagen würde, dass die Auslastung der Parkgarage auf Grund der verschiedenen Veranstaltungen im Stift ohnehin gewährleistet sein würde, man hätte somit so viele Möglichkeiten, und dass der Parkplatz vom Rathausplatz dort hinunter verlegt würde, würde es nicht geben, und die Diskussion wäre heute gar nicht weiter gegangen, und die nächste Frage nach den Kosten oder der technischen Durchführbarkeit würde sich dann gar nicht mehr stellen. Man habe heute lange genug über dieses Budget geredet, dass man am Limit sei und sich jede Ausgabe sehr genau überlegen müsse und dass in Wahrheit alles, was wieder an Firlefanz gemacht werde, über die Kanal-, Müll- und Wassergebühren finanziert werde. Das sei Faktum. Jetzt gebe es zwei Möglichkeiten. Man könne sagen, es sei wichtig die Senkung oder zumindest nicht Erhöhung - wenn man sich schon auf das einigen könnte. Ihm wäre eine Senkung lieber bei Kanal-, Müll- und Wassergebühren, da müsse er aber sagen, dass sich dieses und jenes unter dem Aspekt nicht durchführen lasse. Man könne da nicht aufstehen und sagen, man fordere den Kauf der Rostockvilla, man fordere einen Tunnel vom Stift auf den Rathausplatz, eine Tiefgarage Rathausplatz, ein Jugendzentrum - alles Mögliche werde hier gefordert - und dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit werde diskutiert und auch erkannt, dass das eigentlich nicht finanzierbar sei. Hätte man dem das letzte Mal die Dringlichkeit zuerkannt, der Brief wäre wahrscheinlich schon beantwortet, das wäre heute im Bericht gewesen, und das Thema wäre wahrscheinlich schon erledigt gewesen.

Der Bürgermeister wirft ein, dass es sicher schon erledigt gewesen wäre, wenn der Minderheitenantrag nicht unterschrieben worden wäre.

(T50)

STR Dr. Mann dankt STR Mag. Honeder für seine Anregung und seine sehr originelle Interpretation der Zuordnung der Ausschusstätigkeiten. Er finde es sehr interessant, dass der Hochbauausschuss jetzt auch den Wegebau und den Tunnelbau übernehme. Das halte er für eine sehr interessante Interpretation. Er bedanke sich auch für die Kompetenzübertragung des Bürgermeisters, dass er auch die Autorität bekomme, mit dem Stift, dem Prälat, Gespräche aufnehmen zu dürfen. Er denke, dass das eine sehr interessante Interpretation der Zuständigkeit sei, und er denke, dass man da noch einige andere innovative Kompetenzumschichtungen vornehmen könnte.

STR Mag. Honeder wirft fragend ein, ob er aus dieser Wortmeldung Ironie heraushören würde.

STR Dr. Mann fragt, wie dieser auf Ironie käme. Er versuche nur, dessen Vorstellung fortzuführen und sich vorzustellen, was in Zukunft vielleicht der Sozialstadtrat alles machen und worum er sich kümmern würde. Der Rechtsausschuss könnte dann z.B. noch einiges Anderes überprüfen. Ihm fiel da einiges ein, wo man da neue Kompetenzen zuordnen könnte. Man könne das alles anfangen. Man habe ja nach der nächsten Gemeinderatswahl die Chancen, hier die Kompetenzen ganz neu zu vergeben oder auch die die Ausschüsse und somit der Stadträte neu zu bezeichnen. Was sich daraus an innovativen Ideen ergeben werden, sei er schon gespannt, was die Ausschussvorsitzenden und

die Ausschüsse an neuen Kompetenzen haben. Der Hochbau baue dann Tunnel. Er freue sich schon darauf. Er nehme das gerne in den Ausschuss auf, aber leider habe man jetzt keine Ausschusssitzung mehr. Vielleicht bekomme man noch die Kompetenz für Gespräche und mache dann einen Sonderausschuss, wo der gesamte Ausschuss drüben im Stift die Gespräche führe.

(T51)

GR DI Hofbauer bemerkt, wenn GR Dr. Schweeger-Exeli gemeint hätte, er solle seinen Antrag an den Ausschuss machen, dass dessen Anträge auch immer Dringlichkeitsanträge seien. Er habe gar keine andere Möglichkeit, Anträge einzubringen. Es sei auch bisher Gepflogenheit gewesen, dass man den kleinen Parteien als Zeichen der Demokratie und der Möglichkeit, Ideen einzubringen, zugestehe, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Das sei bisher so akzeptiert worden und bei der letzten Sitzung überfallsartig eben nicht. Zum Vorwurf, er würde den Antrag so knapp vor der Gemeinderatswahl einbringen, sei der Anlass der gewesen, dass in der Gemeinderatssitzung am 11.4.2014 der Bürgermeister in Abrede gestellt hatte, dass sich die ÖVP jemals mit der Frage einer Tiefgarage auf dem Rathausplatz beschäftigt hätte. Daraufhin habe er in seinen Unterlagen gestöbert und gesehen, dass das eigentlich gar nicht wahr sei. Hier sei auch von Visionen gesprochen worden. Das sei ein vielgebrauchtes Wort. Bundeskanzler a.D. Vranitzky hatte einmal gesagt, wer Visionen hätte, gehörte psychiatriert. Es seien früher auch die Definitionen Illusionen, Halluzinationen, Visionen gewesen. Das Wort Visionen werde vielfach missbraucht - eine politische Bewegung sollte Ziele haben und auch sagen können, wie diese Ziele erreicht würden. Er wisse aber auch, dass das Wort Visionen vielfach gebraucht werde. STR Dr. Mann habe richtigerweise schon die Wortmeldung STR Mag. Honeders zerpfückt - er habe die Unterlagen da betreffend Festsetzung der Gemeinderatsausschüsse samt Wirkungskreis und Anzahl der Mitglieder (9.4.2010). Da stehe beim Ausschuss für Hochbau: Planung, Errichtung und Erhaltung der städtischen Hochbauten. Wenn also ein Tunnel ein Hochbau sei, dann sei das eine Interpretation von STR Mag. Honeder. Aber gebe es auch einen Ausschuss für Stadtplanung und -entwicklung. Da stehe ausdrücklich drinnen: Öffentliches Gut, generelle Verkehrskonzepte. Das sei ein Teil des Verkehrskonzeptes, wenn man die Parkplätze da weghaben wolle - und außerdem Stadterneuerung. Wenn das kein Teil der Stadterneuerung sei, wenn man da überlege, ob man eine Tiefgarage mache oder einen Tunnel, dann wisse er es nicht. Er hoffe, dass das einen Niederschlag in der Presse finden werde, weil das wieder eines der Dinge sei, über die er herzlich lachen müsse. Es wäre an und für sich die Stadtplanung dafür zuständig und keineswegs STR Dr. Mann als Stadtrat für Hochbau. Aber es sei sicher interessant, darüber zu sprechen, wie man im nächsten Gemeinderat die Ausschüsse neu definiere und zusammensetze. Weil er vertrete die Meinung, dass man nicht 13 Stadträte brauche, weil man, und das komme aus der heutigen Diskussion schon hervor, manche zusammenlegen könnte. Er richte noch einmal sein Ersuchen und unterstreiche das, was STR Dr. Pitschko gesagt habe, dass man ein Frage an das Stift richten möge, und wenn das Stift sage, es würden ihm die Interessen der Stadt überhaupt nicht interessieren, dann sei das auch eine Aussage, aber erledigt sei es dadurch für ihn nicht.

(T52)

STR Dr. Pitschko meint, weil es für Erheiterung gesorgt habe, dass der Bürgermeister einen Stadtrat beauftragen könne, Aktivitäten in seinem Namen durchzuführen, dass eine gewisse Lücke in den Kenntnissen der Gemeindeordnung bestünde. Natürlich könne der Bürgermeister einem Stadtrat das Pouvoir einräumen, in seinem Namen tätig zu werden. Eine seiner ersten Aktionen und wahrscheinlich auch die bedeutendste bisher sei die Beauftragung durch Bgm. Dr. Schuh gewesen, als er ihm das Pouvoir eingeräumt hatte, mit der Allianz zu verhandeln, dass dieses Parkdeck, das monatelang eine Baustelle ohne jegliche erkennbare Tätigkeit gewesen war, einer Erledigung zuzuführen. Oder die Diskussion betreffend Steg über den Kierlingbach. GR DI Hofbauer habe damals feixend zum Bürgermeister gesagt, er könnte ihm (Pitschko) das Pouvoir einräumen, mit der Wirtschaftskammer zu verhandeln, dass sie den Steg errichten lasse. Weil die Diskussion sei gewesen, ob die Pioniere des Bundesheeres den Steg errichten dürften oder ob man unbedingt eine

Ausschreibung machen und eine Firma beauftragen müsse. Natürlich habe die Wirtschaftskammer dann zugestimmt und keine Einwände gehabt, und blitzartig sei der Steg errichtet worden.

Zum Ersuchen des Bürgermeisters, STR Dr. Pitschko möge in der Länge seiner Ausführungen die vielen Überstunden der Mitarbeiter bedenken, sagt STR Dr. Pitschko, wenn seine Ausführungen der Information der Gemeinderäte dienen, dass die Überstunden gerechtfertigt seien. Sehr wohl könne der Bürgermeister einem Stadtrat das Pouvoir einräumen. Das habe es schon gegeben und könne es geben.

(T53)

STR Hava möchte zum Antrag STR Mag.Honeder, das in den Hochbauausschuss zu verweisen, einen **Gegenantrag** stellen. Das gehöre nicht in den Hochbauausschuss, weil ein Tunnel kein Hochbau sei, sondern gehöre das in den **Verkehrs- und den Planungsausschuss**.

(T54)

STR Mag. Honeder betont, es so zu sehen, dass mehrere Ausschüsse damit betraut seien. Es sei vollkommen richtig, dass auch der Verkehrs- und der Planungsausschuss befasst werden sollen. Insofern könne man diesen Antrag unterstützen. Was man aber schon sagen müsse, dass jeder Stadtrat die Möglichkeit habe, dass er beauftragt werde. In dem Fall gebe es keine Beauftragung, daher werde das in den Ausschuss für Stadtplanung verwiesen.

STR Mag. Wimmer schlägt vor, der Bürgermeister solle das Pouvoir erhalten, einmal grundsätzlich mit dem Stift zu reden, ob es dafür Interesse hätte. Wenn das nicht so sei, dann sei die Sache erledigt. Gebe es jedoch Interesse, dann könnte man es einem Ausschuss zuweisen.

Der Bürgermeister meint, dass ihm niemand das Pouvoir erteilen müsse. Das mache er freiwillig. Man werde es trotzdem in die Ausschüsse bringen, damit es einen klaren Termin gebe, wann das wieder behandelt werde, weil es sonst nicht mehr zur Debatte käme, weil niemand wolle, dass so ein wichtiger Antrag einfach irgendwo verloren ginge.

### **Gegenantrag:**

**Der Antrag wird in den Verkehrs- und den Planungsausschuss verwiesen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

GR Dr. Schweeger-Exeli ist bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

**Einstimmig beschlossen.**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, dankt der Bürgermeister den Anwesenden für die Sitzungsdisziplin und schließt die Sitzung um 17:29 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.12.14

**Der Bürgermeister:**

---

Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager eh.

**Für die ÖVP-Fraktion:**

**Für die SPÖ-Fraktion:**

---

Vzbgm. Reg.Rat Richard Raz eh.

---

STR Karl Hava eh.

**Für die Grünen:**

**Für die FPÖ-Fraktion**

---

STR Mag. Sepp Wimmer eh.

---

STR Dr. Josef Pitschko eh.

**Für die Plattform Unser Klosterneuburg (PUK):**

**Für Sozial Alternativ Unabhängig (SAU):**

Entschuldigt abwesend

---

GR Dr. Bernhardt Schweeger-Exeli eh.

---

GR Johannes Kehrer eh.

**Für Liste Hofbauer:**

**Schriftführerin:**

---

GR DI Peter Hofbauer eh.

---

Edith Mroz eh.

## Anfragebeantwortung an GR DI Kehrer - Liste SAU

Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zu Ihren Fragen darf Folgendes ausgeführt werden:

### **1. Schulen / Schulkonzept**

Das Entwicklungskonzept für die Klosterneuburger Schulen führt verschiedene Varianten für die Errichtung zusätzlicher Kapazitäten an. In welcher Form finden weitere Planungen und Erhebungen bezüglich der verschiedenen Standorte auf Basis des Schulkonzeptes Berücksichtigung im kommenden Voranschlag?

Das Bildungskonzept wurde nach Erstellung des Voranschlages vorgelegt, so dass weitere Planungen und Erhebungen noch nicht in den Voranschlag einfließen konnten. Außerdem dient das Bildungskonzept als Basis für weitere Gespräche/Beratungen in den zuständigen Gremien und auch für Verhandlungen mit dem Land NÖ und dem Bund, und werden diese Ergebnisse dann in den Folgejahren budgetmäßig berücksichtigt werden.

### **2. Kultur / Sommeroper**

Worauf ist – bei tatsächlichen Ausgaben von 612.276,57 € tatsächlichen Ausgaben im Rechnungsabschluss 2013 – die Erhöhung der Ausgaben für die Sommeroper von 645.000 € im Voranschlag 2014 auf 670.000 Euro für das Jahr 2015, bei einem erwarteten Einnahmerückgang um 20.000 im selben Zeitraum zurückzuführen?

Die Oper Klosterneuburg spielt 2015 mit Verdis „Rigoletto“ zwar ein sehr bekanntes Werk, dennoch zählt es nicht zu jenen Stücken, wie „Carmen“ oder „Zauberflöte“, die als meistgespielte und beliebteste Stücke der Opernliteratur aufgeführt werden. Deshalb wurde für 2015 ein erhöhtes Werbebudget vorgesehen, das den Verve des äußerst erfolgreichen Jahres 2014 auch auf 2015 zu übertragen helfen soll. So sind in diesem Bereich zusätzliche Werbeflächen und verstärkter Einsatz von Drucksorten vorgesehen.

Ein weiterer Kostenfaktor sind Orchester und Solisten: das Orchester für Verdi verlangt eine etwas größere Besetzung, die zu Mehrkosten führt und bei den Solisten werden erfahrene Sänger/innen gebraucht. Daraus ergeben sich bei international tätigen Solisten/innen etwas höhere Gagen.

Im Bereich der Investitionen sind der Ankauf von zu erneuernden Sesseln und einer LED Anlage und die weitere teilweise Sanierung der Publikumstribüne vorgesehen, die bei zusätzlicher Förderung durch das Land NÖ angekauft werden sollen.

Aus diesen Faktoren ergeben sich neben den normalen inflationsbedingten Erhöhungen die erhöhten Gesamtkosten für 2015 gegenüber dem Jahr 2014.

Bei den Einnahmen hat die Budgetierung so zu erfolgen, dass sie jedenfalls erreicht werden können. Bei Rigoletto muss man mit einem nicht ganz so großen Besucheransturm rechnen, weshalb die Einnahmenerwartung auf € 340.000,- reduziert wurde. In den letzten Jahren konnten die Soll-Einnahmen jedoch meist überschritten werden; es wird zwar für 2015 auf ein ähnlich gutes Ergebnis gehofft, dieses aber bereits im Voranschlag einzuplanen würde nicht den Grundsätzen unserer Budgetierung entsprechen.

### 3. Straßenbau / außerordentlicher Haushalt

Das Budget für Radwege wurde gegenüber den Diskussionen im Verkehrsausschuss in der Budgeterstellung auf 100.000 € für de facto halbiert. Gleichzeitig sind für Straßenbauten im außerordentlichen Haushalt 900.000 € vorgesehen. Warum finden die „fehlenden“ 100.000 € für den Radwegbau unter dem Titel „Radwegneubauten“ nicht ebenfalls im außerordentlichen Haushalt Berücksichtigung. Analog zum Straßenbau existiert durch die Liste des Forums Radverkehr eine Prioritätenliste für ausstehende Maßnahmen.

Der im Entwurf zum Voranschlag 2015 für den Radwegbau beantragte Betrag von € 200.000,00 wurde auf € 100.000,00 reduziert; der beantragte Straßenneubau wurde von € 2.724.500,00 auf € 900.000,00 gekürzt.

Weiters darf auf die Beantwortung zu den Fragen der anderen Fraktionen im Rahmen dieser Gemeinderatssitzung hingewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Günther Schwarz

**Mag. Günther Schwarz**  
Geschäftsabteilungsleiter



Stadtgemeinde, GA II  
Rathausplatz 1, 3400 Klosterneuburg

tel 02243 / 444 - 236  
fax 02243 / 444 - 296  
e-mail [Schwarz@klosterneuburg.at](mailto:Schwarz@klosterneuburg.at)  
web [www.klosterneuburg.at](http://www.klosterneuburg.at)  
news [Newsletter Stadtgemeinde abonnieren](#)

## Poststelle

**Von:** Duscher Mag. Michael  
**Gesendet:** Donnerstag, 27. November 2014 08:52  
**An:** Poststelle  
**Betreff:** WG: Einspruch gegen unzureichenden Budgetvoranschlag 2015, Pos. 616(ordentl. Haushalt) Radwegebau

Bitte GA II protokollieren!  
Danke

Mag. Michael Duscher  
Stadtamtsdirektor



Stadtgemeinde, Stadtamtsdirektion  
Rathausplatz 1, 3400 Klosterneuburg

tel 02243 / 444 - 225  
fax 02243 / 444 - 296  
e-mail [Duscher@klosterneuburg.at](mailto:Duscher@klosterneuburg.at)  
web [www.klosterneuburg.at](http://www.klosterneuburg.at)  
news [Newsletter Stadtgemeinde abonnieren](#)



42

---

**Von:** Gerhard Mikolasch [<mailto:g.mikolasch@gmx.at>]  
**Gesendet:** Mittwoch, 26. November 2014 11:59  
**An:** Schmuckenschlager Mag. Stefan; [mayer@mauerbach.gv.at](mailto:mayer@mauerbach.gv.at); Stadtamtsdirektion  
**Cc:** [willibald.eigner@utanet.at](mailto:willibald.eigner@utanet.at); Klammer Ing. Bernhard  
**Betreff:** Einspruch gegen unzureichenden Budgetvoranschlag 2015, Pos. 616(ordentl. Haushalt) Radwegebau

Sehr geehrte Herren,

**Mit Enttäuschung müssen wir als TeilnehmerInnen des von der Stadtgemeinde seinerseits ins Leben gerufenen Radforums feststellen, dass Versprechen für den Radwegebau von den Budgetverantwortlichen zum wiederholten Mal nicht umgesetzt werden.**

Nach der "skandalösen" 0-Dotierung des Radwegebaubudgets 2014 (Hr. Stadtrat Eigner hatte dem Radforum im Herbst 2013 versprochen, sich für ein Baubudget von 160.000.- einzusetzen) wurde erst durch vehemente Bürgerinterventionen ein Planungsbudget von 29.000.- im Nachtragshaushalt 2014 dotiert.

Im Voranschlag für 2015-ordentlicher Haushalt - sind nur 100.000.- für den Radwegebau dotiert, obwohl der Verkehrsstadtrat dem Radforum am 9.9.2014 versprach, sich für ein Baubudget von 190.000-200.000.- einzusetzen.

Diese 100.000.- reichen gerade für den seinerzeit bereits f. 2014 von Hr. Stadtrat Eigner versprochenen Leopoldstraßenradweg und ein paar Markierungsarbeiten bei der Hölzlg./B14.

Bekanntlich wurden von den 5 Sektorarbeitsgruppen des Radforums 120 Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet. Viele sicherheitsrelevante Vorschläge harren noch der Umsetzung (z.B. Anbindung VS -Bruckner an Weidlingtalradweg, sichere Radwege nach Kierling-vor allem im Bereich des AUVA-Geländes, Anbindung Martinsviertel an den Donauradweg und -Richtung Kritzendorf, Anbindung Medekviertel, Verlängerung Aufeldgassenradweg Richtung Merkur Parkplatz, sicherer Lückenschluß Eurovelo 6 in der Strandbadstraße-Donaustr., etc.).

Am 11. Dezember 2012 erfolgte die Auftaktveranstaltung zum Forum Radverkehr. Die fünf Beradelungsteams haben während der Wintermonate 2012/13 das Stadtgebiet Klosterneuburgs abgefahren. Bis zum Frühjahr 2013 wurden Problempunkte aufgezeigt. Die Begeisterung der Radfahrer ein annehmbares Budget für den

Fahrradverkehr in den kommenden Jahren eingeräumt zu bekommen, wurden mit dem Budgetbeschluss für 2014 völlig zu nichte gemacht.

**Bereits im Februar 2014 wurde Hr. Bürgermeister Schmuckenschlager von einer Delegation des Radforums eine Petition für ein Radwegebaubudget für 2015 von mind. 240.000.-€ übergeben.** Die Dotierung von 100.000.- stellt keine ausgewogene Dotierung dar, insbesondere wenn man andererseits wieder bereit ist, über 4 Mio. für die Happylandrenovierung (2014 über 8 Mio.) bereitzustellen. Während das Happyland eine reine Freizeitanlage darstellt, werden Radwege hingegen überwiegend für den Berufs-, Schul-, und Einkaufsverkehr neben Freizeitverkehr genutzt. Darüber hinaus fallen für Radwege lediglich lächerliche Beträge für Instandhaltung von jährlich 5.000.- an.

**Ein schwerer Unfall zwischen einem Bus und einem Radfahrer in der Leopoldstraße in den letzten Tagen zeigt auf, wie dringend und wichtig sichere Radwege für Klosterneuburg sind.**

Falls im Tempo des realisierten Budgets 2014 und des vorgelegten Budgetvoranschlages 2015 an der Behebung der wesentlichsten Problempunkte weiter gearbeitet wird, ist auf Basis der bisherigen Kostenvoranschlägen erst mit einem vertretbaren Fahrradnetz für Klosterneuburg in frühestens sieben bis zehn Jahren zu rechnen. Dies ist entschieden zu lang.

Dass die Verschiebung des Modal Mix in Richtung Fahrradverkehr - nicht nur aus langfristigen und nachhaltigen budgetären Gründen nötig ist (der Radverkehr verursacht nur Bruchteile an finanziellen Ressourcen gegenüber herkömmlichen Verkehr) - beweist die Feinstaubbelastung Klosterneuburgs. Wir rangieren noch immer in der Liste der TOP zehn in Österreich, was die Feinstaubbelastung betrifft. Mit einer Ausweitung des Radverkehrs löst sich dieses Problem als erwünschte Nebenwirkung

**Wir ersuchen Sie daher, für ein Radwegebaubudget von insgesamt 240.000.- für 2015 zu sorgen,** damit wichtige Radwegebauprojekte für die Sicherheit der RadfahrerInnen in Angriff genommen werden können und nicht laufend auf ungewisse Zeit aufgeschoben werden.

mfG  
Mag. Gerhard Mikolasch  
im Namen der TeamsprecherInnen der 5 Sektoren Rad-AGs  
[g.mikolasch@gmx.at](mailto:g.mikolasch@gmx.at)  
Tel. 067682515262

P.s. Wofür wurden die 800000.-€ verwendet, die beim Winterdienst 2013/14 eingespart wurden?

# ÖVP will „neuen“ Rathausplatz mit Tiefgarage

Internet-Befragung bis Mitte Juli

VON MARTIN BERNERT

**KLOSTERNEUBURG** Der Rathausplatz soll endlich vom Stiefkind zu einem „echten“ Stadtzentrum werden. Die Klosterneuburger ÖVP will den Platz in den kommenden Jahren umgestalten und hat eine Befragung gestartet, um die Wünsche der Bürger zu erfahren. Auch eine Tiefgarage wird vom neuen VP-Chef Josef Schmuckenschlager nicht ausgeschlossen.

„Sind Sie für eine Umgestaltung des Rathausplatzes zu einem attraktiven und belebten Stadtzentrum“ will die Volkspartei auf ihrer Homepage wissen. In weiteren Fragen wird die Meinung zu Gastronomie samt Pavillons und Schanigärten; Märkten und Veranstaltungen (Konzerte, Sommerkino,...) und nach „Verbesserung der aktuellen Parkplatzsituation“ erkundet.

„Ja, eine Garage ist Teil unserer Überlegungen“, sagt Schmuckenschlager. Schließlich sei es sinnlos, den Platz aufwändig neu zu gestalten und später wieder

aufzureißen, weil eine Tiefgarage notwendig wird. Der ÖVP-Obmann will allerdings keine mehrstöckige Garage mit Ausfahrt zur Wiener Straße, wie bereits mehrfach von den Sozialdemokraten gefordert. Ihm schwebt eher ein „Tiefdeck mit nur einer unterirdischen Etage“ vor.

Schmuckenschlager: „Mir geht es um ein vernünftiges Augenmaß. Wir werden uns dafür sicher nicht in hohe Schulden stürzen; andererseits sind die kommunalen Hausaufgaben größtenteils erledigt. Jetzt können wir neue Projekte angehen.“

**WETTBEWERB** Bis 15. Juli läuft die Befragung; sie soll die Wünsche der Bevölkerung klären. Mit diesen „funktionellen Vorgaben“ stellt sich Josef Schmuckenschlager einen Architektenwettbewerb vor. Darüber hinaus will er den Planern „möglichst wenig“ dreinreden. Verwirklicht werden soll der „neue Rathausplatz“ in den kommenden Jahren.

► INTERNET  
[www.oevp-klosterneuburg.at](http://www.oevp-klosterneuburg.at)



MARTIN BERNERT